

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Regierungsbildung in Baden-Württemberg: „eine Koalition zweier bürgerlicher Parteien ...“ – S. 2*
- *Erdogan weiter auf Putschkurs – S. 6*
- *Köln sollte sich als Ankunftsstadt begreifen – S. 12*
- *BASF gibt sich blind, taub und aggressiv gegenüber den Opfern des Massakers von Marikana – S. 16*
- *„Wer über Hitler spricht, spricht nur über sich selbst“? Prof. Dr. Klaus Webers Kritik an einer laufenden Debatte – S. 18*

Ausgabe Nr. 5 am 12. Mai 2016, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-62 47 01, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, Eva Detscher E-Mail: pb@gnn-verlage.de
In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

„Eine Koalition zweier bürgerlicher Parteien, die sehr breit in die Gesellschaft hineinragen“ ...

... so äußerte sich der alte und neue Ministerpräsident Winfried Kretschmann zur grün-schwarzen Regierungsbildung in Baden-Württemberg. Wenn die Leserinnen und Leser diese Zeitung in Händen halten, ist auch die Wahl des Ministerpräsidenten im Landtag von statten gegangen. Überraschungen sind nicht wahrscheinlich, aber auch nicht ausgeschlossen. In der CDU soll es bei einigen Landtagsabgeordneten wegen Nichtbeachtung bei den Ministerposten und einer dabei deutlichen Ausprägung in Richtung „moderner“ CDU Verärgerung geben. In einer Probeabstimmung der Landtagsfraktion hat rund ein Drittel nicht zugestimmt (26 Ja, acht Nein, fünf Enthaltungen).

Die baden-württembergischen Grünen geben sich als Bauherren eines breiten politischen Konsens. Das ist populär in dem Bundesland, das an die Schweiz grenzt, und in dem das eidgenössische politische System viel Sympathien genießt: direkte Demokratie mit Volksabstimmungen über sehr viele Themen einerseits, was die Gesetzgebung stark beeinflusst. Was aber auch die Kehrseite bei der Exekutive hat mit Konkordanzregierungen, die vom größten Teil des Parteiensystems von der rechten Schweizerischen Volkspartei bis zur links agierenden Sozialdemokratie gemeinsam gebildet werden. (Dieses Thema, Zusammenhang von direkter Demokratie und Regierungsbildung, wäre es wert, einmal ausführlicher behandelt zu werden, zumal die genauen Kenntnisse über die Schweizer Verhältnisse gering sind). Auch die AfD behauptet, sie wolle mehr Schweiz im politischen System der BRD, wobei diese Partei bei Volksabstimmungen eher an solche denkt, die eine Diktatur der Mehrheit über die Minderheit bestätigen sollen; Abstimmungen, die Menschen ausgrenzen sollen. Für eine Konkordanzregierung aller Parteien mit Kompromissen wäre die AfD bestimmt nicht zu haben.

Gerade weil die Kretschmann-Strobl-Regierung nicht die Bandbreite einer Konkordanz hat, es ist eben eine Koalition zweier bürgerlicher Parteien ohne Linke und Liberale, kommt es auf die Opposition an. Was kann die (außerhalb, aber auch innerhalb des Landtags) ausrichten?

Zunächst zum Liberalismus: Die FDP hat sich wieder stabilisiert; sie kritisiert, dass sich vor allem die staatsnahen Grünen durchgesetzt haben. Die Landtagsfraktion will sich auf

„klassische“ liberalen Themen konzentrieren: keine weitere Erhöhung der Grunderwerbsteuer, keine Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft usw. Die FDP findet da ein Betätigungsfeld.

Für uns von mehr Interesse ist die linke Opposition, sei sie nun im Landtag vertreten oder wie die Linkspartei erneut gescheitert. Wir haben im folgenden zwei Artikel zur Diskussion in der Linkspartei, zum einen zu den Gründen, warum die Linke in Baden-Württemberg erneut deutlich unter den fünf Prozent blieb und was da helfen könnte. Zum anderen hat die Linke auch an die AfD Stimmen verloren, es stellt sich daher die Frage, welche Wähler hat die AfD anziehen können, sind sie für linke Politik erreichbar. Zugespielt formuliert ist der Klärungsprozess, wie die Folgen der Globalisierung auf Teile der Gesellschaft bekämpft werden können ohne in Nationalismus zu verfallen, in der Linkspartei nicht abgeschlossen.

Die SPD im Lande leidet. Ein Wahlergebnis von 12,7 Prozent, also fast eine Halbierung gegenüber der vorigen Wahl, kann nicht einfach auf falsche Personalauswahl bei den Kandidatinnen und Kandidaten geschoben werden, auch wenn das ein Teil der baden-württembergischen SPD derzeit macht. Das Rezept vom Porsche-Betriebsrat Uwe Hück, mit mehr Krawallreden AfD-Wähler zurückzuholen, stößt aber bei den Sozialdemokraten mehrheitlich auf Skepsis. Der Karlsruher SPD-Oberbürgermeister Frank Metrup dagegen sieht eher in einer programmatischen Neuaufstellung Chancen. In einem Interview mit der „Stuttgarter Zeitung“ meint er: „Die Partei braucht insgesamt die Grundsatzdebatte über die Fortsetzung des Kampfs um unsere Werte und Inhalte in einer globalisierten Welt, die derzeit vielen eher Angst macht.“ Um solche Positionen zu entwickeln, hält er die Teilnahme am „bürgerschaftlichen Engagement“ für nötig, auch die „Vision neuer internationaler Friedenspolitik“ müsse dazu gehören. Die Erfahrungen, die es in der Partei auf der kommunalen Ebene gibt, seien bei „der Landespartei bisher zu wenig abgebildet“.

Die SPD scheint sich öffnen zu wollen, eine Chance für gemeinsame Diskussionen, Aktionen und Initiativen tut sich auf, und sie kann von allen ergriffen werden, die links vom grün-schwarzen Bündnis gesellschaftliche Kräfte repräsentieren, sozusagen „linker Konsens“ als Gegenpart.

Alfred Küstler

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

Linkspartei Baden-Württemberg: Fünf Herausforderungen nach den Landtagswahlen

Das Wahlergebnis von 2,9% für die Linke bei den Landtagswahlen 2016 in Baden-Württemberg ist eine deutliche Wahlaussage über den Stand der Dinge für die Linke:

Fünf Herausforderungen nach den Landtagswahlen, Antworten gesucht:

1. Ein immerhin positives Ergebnis zuerst: in sechs städtischen Wahlkreisen (in Freiburg, Stuttgart, Heidelberg, Tübingen, Mannheim) von 70 Wahlkreisen insgesamt, hat die Linke über 5% erhalten, teilweise mit Stimmenzuwachs von +3,9% (Stuttgart I), +2,8% (Freiburg II), +2,7% (Heidelberg). Außer in Mannheim arbeitet die Linke in den genannten Städten in Listenverbindungen im Gemeinderat und in der Stadt. Die Frage also ist: Wie kann dieser Zugewinn in den Städten, im „urbanen Milieu“, unter der Jugend, im akademischen Milieu, bei den VertreterInnen „postmoderner“ Werte gefestigt und ausgebaut werden? Dazu gehört auch: wie soll die derzeitigen Spaltung der Stadtgesellschaften durch Gebiete mit hoher AfD-Wählerschaft bearbeitet werden. Eine erste Herausforderung also: wie wird linke Politik und linke Kommunalpolitik in den Stadtgesellschaften weiterentwickelt?

2. In 65 von 70 Wahlkreisen liegt das Stimmenergebnis unter 5%, davon liegt das Ergebnis in 48 Wahlkreisen, darunter auch in den kreisgebundenen Städten, teilweise weit unter dem Landesdurchschnitt von 2,9%. In 27 Wahlkreisen hat die Linke gegenüber 2011 Stimmen verloren. (Dabei müssen die Gründe für leichte Gewinne und leichte bis starke Verluste in verschiedenen Kreisstädten noch weiter aufgeklärt werden.) Das bedeutet: der Landesdurchschnitt von 2,9% (gegenüber 2,8 im Jahr 2011) wurde überhaupt nur erreicht durch leichten Zuwachs in den kreisfreien größeren Städten. Das aber bedeutet klar und deutlich ausgesprochen: ohne einen grundsätzlichen Wandel in der Präsenz, der Politik und der Gewinnung von Gemeinde- und Kreistagsmandaten der Linken in der Fläche des Landes, wird die Linke in Baden-Württemberg nie in den Landtag kommen; denn sie kann in den Städten nicht so viele Stimmen dazu gewinnen, wie sie braucht, um die derzeit fehlenden Stimmen in der Mehrzahl der Wahlkreise „auf dem Land“ auszugleichen. Wo die Linke nicht oder kaum ist, kann sie auch nicht wirken. Die öffentliche Wirkung als Bundespartei hilft dabei bei Landtagswahlen offensichtlich nicht und führt derzeit nur zu Ergebnissen zwischen 1,5 und 2,5%. Zu dieser – sicherlich größten

Herausforderung nach den Landtagswahlen – im nächsten Abschnitt einige Überlegungen.

3. AfD-Wahlerfolge und der Kampf gegen Rechts: Was muss die Linke anders machen, um eine drohende Hegemonie von Rechts zu bekämpfen, und auch, um WählerInnen für demokratische Parteien und für die Linke wieder zu gewinnen, die jetzt AfD gewählt haben. Diese Herausforderung stellt sich nicht nur für die Linke. Eine erfolgreiche Kritik und Abgrenzung von den Parteipositionen der AfD, ein „Keil“ zwischen Führung und Wählerschaft der AfD, muss erreicht werden, um dann Teile dieser Wählerschaft auch wieder zu gewinnen, mit ihnen in Dialog zu treten, mit ihnen die Auseinandersetzung um ihre „Ängste und Hoffnungen“ – aber eben auch Absichten – zu führen. Nur das kann sinnvoller Weise mit „Sorgen ernst nehmen“ gemeint sein. Und: eine neue Verbindung zwischen politischem Kampf um soziale Interessen, um soziale Rechte und dem Kampf gegen Rechts und gegen völkischen Nationalismus zu finden, das stellt sich als dritte Herausforderung.

4. Landespolitik, Bündnispolitik auf Landesebene für soziale und politische Reformen im Land: wie macht die Linke hier weiter, nachdem sie nicht in den Landtag gekommen ist? Dabei haben wir es jetzt mit einer neuen Form grün eingefärbtem Konservatismus als Regierungspolitik im Land und mit einer SPD-Opposition im Landtag zu tun. Dazu sind konkrete, bündnisfähige Vorschläge strukturändernder Reformen im Land gefragt, gestützt auf und verbunden mit linker Politik in und gegenüber den Gemeinderäten und Kreistagen.

5. Und schließlich: Flüchtlingspolitik. Sie war das beherrschende Thema während der Wahlen und das zentrale politische Druckthema von Rechts. Die Linke hat Positionen und auch Vorschläge dazu, aber wie geht es weiter? Das Thema ausgerechnet jetzt liegen zu lassen ginge auf keinen Fall. „Zukunft für die Flüchtlinge“, haben wir gesagt (also „Integration“, was die Sache aber noch nicht trifft), also Wohnen, Schule, Ausbildung, Berufsarbeit für die Flüchtlinge, Verteidigung und Kampf um das Asylrecht, Kampf gegen die vorgelagerte deutsche Grenzabschottung und gegen den EU/Türkei-Deal. Es geht in der Frage der „Flüchtlingspolitik“ um nicht weniger als die solidarische und internationalistische Verteidigung von Menschen- und BürgerInnenrechten. Was fordern wir von der neuen Landesregierung konkret? Warum ergreifen wir z.B. nicht – etwa mit dem

Flüchtlingsrat – eine Initiative auf Landesebene, die auch die SPD unter Druck bringt, aktiv zu werden?

Das sind in etwa die fünf zentralen Fragen, auf die die Auseinandersetzung um die Landtagswahlergebnisse in Baden-Württemberg nicht nur bei der Linken nach Antworten sucht.

Strategieänderung im Organisationsaufbau notwendig

Die größte der fünf Herausforderungen ist ohne Zweifel die Kluft – allgemein gesagt – zwischen „Stadt und Land“, etwas konkreter zwischen der Entwicklung der Stadtgesellschaften (i.d.R. der kreisfreien größeren Städte) auf der einen und den Städten und der Gesellschaft im ländlichen Raum auf der anderen Seite. Diese Kluft besteht auf allen Gebieten. Die derzeit weiter zunehmende Attraktivität der Städte als Lebens- und Arbeitsraum ist das Spiegelbild der Einschränkungen im ländlichen Raum. In den größeren Städten: Erhöhung der Grundrente, fehlender preiswerter Wohnraum, dafür gravierende, die Lebensumstände ändernde Mobilitätsnachteile, mangelndes Angebot an kulturellen Aktivitäten und an Dienstleistungen auf dem Land, und vieles auf der einen Seite mehr, auf der anderen weniger.

Die Kluft „Stadt/Land“ wirkt drastisch auf die Partei- und die Organisationsentwicklung der Linken: in den Wahlergebnissen, in der Organisationsentwicklung, in der Erfahrungs- und Kompetenzentwicklung. (...)

Der Landesverband hat in den letzten Jahren begonnen, in allen vier Regierungsbezirken Regionalbüros aufzubauen. Die Regionalbüros müssen in Zukunft in ganz anderem Maße als bisher und auch unter entsprechendem Einsatz von personellen und finanziellen Ressourcen des Landesverbandes eingesetzt werden, um den Kreisverbänden im ländlichen Raum Organisationsarbeit abzunehmen. (...)

Eine grundlegende Änderung im Landesaufbau und in der Landespräsenz der Partei die Linke in Baden-Württemberg in den nächsten fünf Jahren zu erreichen ist in der Tat eine riesige Herausforderung. Eine solche Änderung muss man wollen, für realisierbar halten und dann daran arbeiten. Das bedeutet aber zugleich, bewusst Abschied zu nehmen von der Hoffnung auf irgendeinen doch noch umschlagenden Stimmungswind, der die Linke (irgendwann) über die 5% trägt (oder auch von der Hoffnung auf selbst erzeugten linken Wind, der dabei helfen könnte.)

Christoph Cornides, Landesschatzmeister, Diskussionsbeitrag für Linke Landesinfo BW (gekürzt)

Aufstieg der AfD und Fall der SPD: Erste Vermutungen sind nicht immer zutreffend: Eine Analyse der Landtagswahl auf der Schönau im Wahlkreis Mannheim Nord

Tabelle 1

	Wahlbet.	CDU	Grüne	SPD	FDP	DIE LINKE	AfD
Wahlkreis 35 Mannheim Nord	58,8	17,2	21,9	22,2	6,0	5,1	23,0

Was im Wahlkreis 35 (Mannheim Nord) bei der Landtagswahl 2016 passierte, erregte bundesweit Aufsehen: Der Inhaber des einzigen, des letzten SPD-Direktmandats in Baden-Württemberg konnte es nicht verteidigen. Doch damit nicht genug: Er verlor es ausgerechnet an einen No-name von der AfD. Die hat nun insgesamt zwei Direktmandate im Südwest-Staat. Es ging um 0,8 Prozentpunkte bzw. 405 Stimmen.

Der Schock saß und sitzt tief. Der Mannheimer Norden umfasst wahltechnisch 17 Stadtbezirke. Einer davon ist die Schönau, die wiederum aus vier Stimmbezirken besteht. In einem dieser Stimmbezirke erzielte die AfD 35,4% – den höchsten Wert eines Stimmbezirkes in ganz Mannheim. Zusammen mit der ALFA kamen die „Rechtspopulisten“ sogar auf 37,4%. Es lohnt sich also, die Ergebnisse auf der Schönau



etwas genauer anzuschauen, ebenso die sozialen Verhältnisse, soweit man diese statistisch erfassen kann. Das Luftbild zeigt die unterschiedlichen Strukturen dieses Stadtteils. Im Norden überwiegen Wohnblöcke. Im Westen solche der städtischen GBG-Wohnungsbaugesellschaft aus den 50er und 60 Jahren, im Osten Wohnbauten der 80er und 90er Jahre, auf ehemaligen Kasernengeländen. Im Süden stehen überwiegend die „Siedler-Häuschen“, einstige NS-„Volkswohnungen“.

Etwas Sozialstatistik

„Die Schönau“ ist, obwohl in Mannheim meistens als „Brennpunkt“ empfunden, in sich ziemlich unterschiedlich. Eigentlich kann man gar nicht unterschiedlicher sein: Die Sinus-Milieu-Studien unterteilen die Schönau in „Nord“ und „Süd-West“ und „Süd-Ost“;

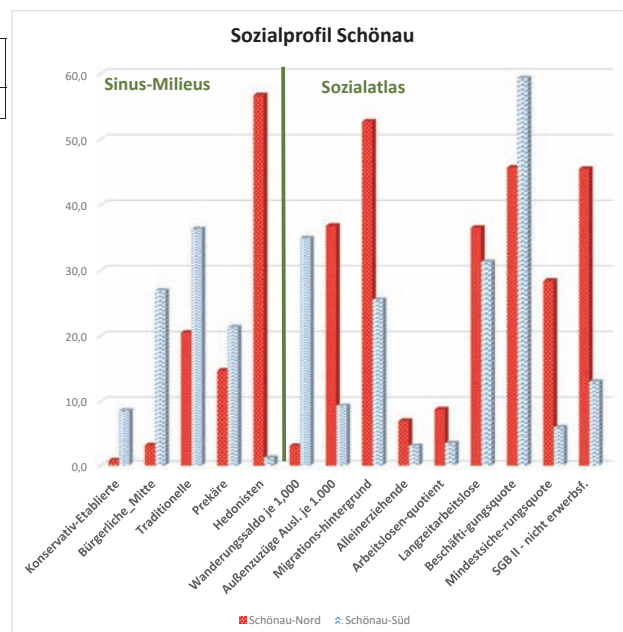
der Mannheimer Sozialatlas kennt nur Nord und Süd. Er verarbeitet die Sinus-Milieu-Studien zu sieben „Planungsräumen“. Nach dieser Klassifizierung liegt Nord in der untersten und Süd und der obersten Kategorie.

„Die“ Schönau ist also keineswegs der Stadtteil der Abgehängten. Das stimmt von der Sozialstruktur nicht, und das stimmt auch nicht vom Zustand der Wohngebiete. Von der GBG und aus der Stadtanierung (z.B. Zuschüsse aus „Soziale Stadt“) sind in den letzten zehn Jahren zusammen weit über 100 Mio. Euro in den Stadtteil investiert worden. Am bedürftigsten ist jetzt noch der Nordwesten.

Wie hat die Schönau gewählt?

Somit kann man einerseits sagen: Die am wenigsten gut Situierten wohnen in Gebieten, in denen die AfD ihre Spitzenwerte hat und die SPD mittlerweile der AfD deutlich unterlegen ist. Die CDU unterliegt den Grünen, die beide aber für ihre Verhältnisse eher bescheiden abschneiden. Die Linke ist überall etwa gleich bescheiden vertreten, außer in Süd-West: dort sehr bescheiden. Hier schlägt die Sozialstruktur offensichtlich durch.

Andererseits muss man feststellen: Ge-



messen an den oben aufgezeigten Unterschieden ist das Wahlverhalten „der Schönauer“ überraschend homogen (geringe Bandbreite der AfD). Es legt sich die These nahe, dass die Wahlergebnisse der AfD nicht so ohne weiteres den Sozialprofilen folgen. Dies Bild ergibt sich auch bei Betrachtung der

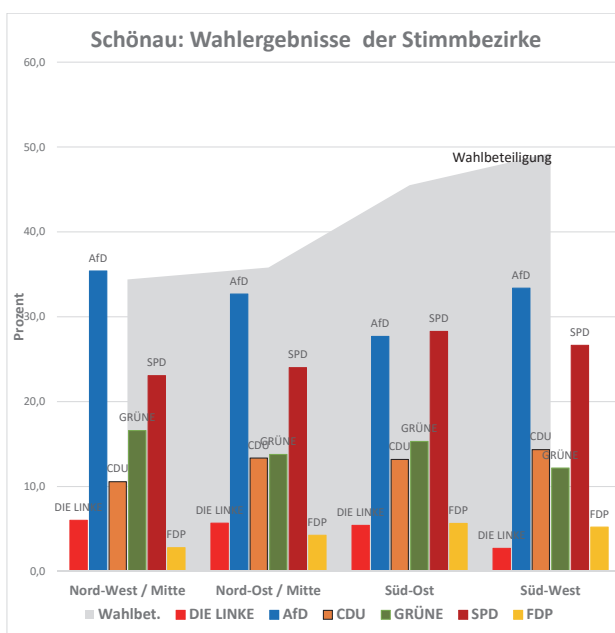


Tabelle 2

Wahllokal / Stimmbezirk		Wahlbet.	CDU	GRÜNE	SPD	FDP	DIE LINKE	AfD
Schönauschool 08111	Süd-Ost	45,5	13,2	15,3	28,3	5,7	5,4	27,7
Johanna-Geissmar-Gymnasium 08121	Nord-Ost / Mitte	35,8	13,4	13,8	24,0	4,3	5,7	32,7
Schönauschool 08112	Süd-West	49,3	14,3	12,2	26,6	5,2	2,7	33,4
Johanna-Geissmar-Gymnasium 08122	Nord-West / Mitte	34,4	10,6	16,6	23,1	2,8	6,0	35,4
Briefwahl Schönau			16,3	14,4	32,7	4,4	4,7	22,0

Die Prozentzahlen sind nach dem Erfolg der AfD sortiert. Die Bandbreite der den einzelnen Stimmbezirken zuordenbaren Ergebnissen der AfD beträgt zwischen 27,2% und 35,4%.

Mannheimer Wahlbezirke insgesamt, was noch genauer zu untersuchen und darzustellen wäre. Die Briefwahlergebnisse (s. Tabelle 2) sind durchaus interessant: Briefwähler stimmen oft sehr früh ab und sie gehören eher zu den entschiedenen Wählenden, die vielleicht auch etwas mehr traditionelle Parteibindung aufweisen. Wenn ein Wahlkampf überhaupt Dynamik entwickelt, dann dokumentiert diese sich in den Briefwahlergebnissen eher weniger. So wundert es nicht, dass der Hype der AfD bei den BriefwählerInnen aus Gesamt-Schönau noch nicht so angekommen zu sein scheint wie auch die SPD hier noch ein überdurchschnittliches Ergebnis aufweist.

Wahlergebnis mit Geschichte

„Flüchtlingskrise“?

Reagieren die WählerInnen „der Schönau“ besonders auf die Flüchtlingskrise, obwohl sie davon kaum betroffen sind? Man erinnere sich an 1992: Damals gab es auch eine große „Flüchtlingskrise“ v.a. wegen des Jugoslawienkrieges mit brennenden Asylunterkünften und „besorgten“ Äußerungen allenthalben über die angebliche „Überfremdung“

und „Überlastung“. Damals gab es auf der Schönau in der ehemaligen Gendarmeriekaserne eine Asylunterkunft. Erst nach der Wahl im April kam es zu den bekannten rassistischen Exzessen und Krawallen von Teilen der Schönauer Bevölkerung gegen die Asylbewerber. Die REP holten auf der Schönau über 16%. Auch damals ein Schock. Es ist wenig trostreich, wenn man auf die folgende Abwärtsentwicklung der REP schaut. Die AfD ist nicht einfach eine Wiederholung der REP – wie die Zahlen schon deutlich machen. Heute leben viele SchönauerInnen in guten Häusern auf dem konvertierten Kasernengelände. Das Wahlverhalten ist aber kaum anders als damals.

„Persönlichkeitswahl“?

Der mit Abstand fleißigste Wahlkämpfer im Mannheimer Norden war mit Sicherheit Stefan Fulst-Blei (bisher Fraktionsgeschäftsführer der SPD). Er hatte sich in seiner ersten Landtagsamtszeit zumindest nicht besonders unbeliebt gemacht. Er wusste, dass es für die Landes-SPD um das Direktmandat und damit um die Ehre im Mannheimer Norden geht. Sein persönliches Ergeb-

nis ist niederschmetternd. Er musste sich der AfD geschlagen geben wegen acht Zehntel Prozentpunkten bzw. 405 Stimmen. Der AfD-Mann Klos ist bis heute nicht in seinem Wahlkreis aufgetaucht, um sich seinen WählerInnen und NichtwählerInnen vorzustellen. Er ist ein unbeschriebenes AfD-Blatt. Aber gerade er wird gewählt.

Was ist die Botschaft der WählerInnen?

Auf jeden Fall eine Delegitimierung der „etablierten Parteien“. Mit Vertrauensbekundungen an eine Partei, die den Rassismus in den Vordergrund stellt, aber ansonsten ein zum Wahlzeitpunkt noch weithin unbekanntes, derb neoliberale Programm verfolgt. Mindestens ebenso wichtig wie die „Persönlichkeit“ (man denke an Dreyer und Kretschmann) scheint das Bedürfnis zu sein, angesagte Trends zu unterstützen und in Zeiten geahnter oder auch schon eingetretener Unsicherheit Macht „anders“ zu verteilen – in diesem Fall unter der Devise: „Macht die Schotten dicht“.

Wie dem auch sei: Man wird nicht umhinkommen, „die Schönauer“ nun zu fragen, was sie sich eigentlich vorstellen? Es wäre gut, wenn die deprimierten Bezirksbeiräte (siehe Kasten) hier vorangingen. Aber auch die Parteien müssen sich und die Schönauer das fragen.

Thomas Trüper,
Stadtrat Die Linke

Tabelle 3

Schönau	CDU	GRÜNE	SPD	FDP	DKP	REP
1992	21,8	5,5	48,3	1,5	1,5	16,6
2001	34,5	2,9	52,5	2,9	0,0	6,2

Politik-Streik von SPD-, Grünen- und Linken-Bezirksbeiräten auf der Schönau

Die Nerven liegen bloß. Die Bezirksbeiräte der Schönau links von der CDU machen sich erst mal Luft. Eine zu Herzen gehende, aber doch etwas hilflos erscheinende Geste. Letztlich müssen wir uns alle fragen: Was ist da los und wie begegnen wir dieser Entwicklung?

Die Schönauer BezirksbeirätInnen von SPD, Die Linke und den Grünen haben aus Protest die gestrige öffentliche Sitzung verlassen – nach Verlesung einer Stellungnahme zum Wahlausgang der Landtagswahl im Stadtteil. Anbei der Text der Stellungnahme.

Von Protest- Wählerinnen und -wählern wurde uns als Vertreterinnen und Vertreter der „etablierten Altparteien“ so manches vorgeworfen: Es werde nicht genug getan, die Parteien würden sich um nichts kümmern – und wenn überhaupt, nur um sich selbst.

Wir nehmen dazu – über Parteigrenzen hinweg – wie folgt Stellung:

Die Bezirksbeirätinnen und Bezirksbeiräte fast aller Parteifarben sind im Stadtteil Schönau und darüber hinaus in meistens mehreren Vereinen aktiv tätig. Sie gestalten das öffentliche und kulturelle Leben im

Stadtteil maßgeblich aktiv mit.

Jede Verbesserung im Stadtteil, wie z.B. die Umgestaltung des Lena-Maurer-Platzes, das Großprojekt Schönau Mitte und viele andere relevante Veränderungen, die den Stadtteil betreffen, z.B. die Zukunft des Coleman-Areals, werden mit viel Herzblut und Lebenszeit der aktiven Bezirksbeirätinnen und Bezirksbeiräte begleitet, gestaltet und kommentiert.

Daneben beschäftigen uns aber auch viele „kleine“ Dinge wie lose Gehwegplatten, falsch parkende Lastwagen, unsichere Radwege und Ähnliches.

Diese Arbeit geschieht ehrenamtlich in unserer Freizeit, „fette Diäten“ gibt es für diese freiwillige Arbeit nicht.

Die „Protestwahl“ unserer Stadtteilmitbewohnerinnen und -mitbewohner hat uns deshalb sehr getroffen.

Natürlich werden wir in Zukunft unsere Arbeit, die im Übrigen nie von parteipolitischen Spielchen zwischen den Vertreterinnen und Vertretern der einzelnen Parteien geprägt war, weiterführen.

Dennoch sagen wir heute den Protest-Wählerinnen und -wählern: Wendet Euch doch gerne einmal an die Vertreter der im Protest gewählten

Partei. – Wenn ihr sie ansprechen könnt.

Denn bislang sind sie im Stadtteil nie aktiv in Aktion gewesen – bis auf Plakate wissen wir nichts von irgendwelchen Aktivitäten.

Und wir sagen auch, dass WIR heute protestieren.

Wir protestieren gegen den Vorwurf, nichts getan zu haben und tun deshalb heute genau dies:

Wir verlassen nun diese Sitzung und beenden sie somit, ohne die Tagesordnungspunkte abgearbeitet zu haben.

Wir meinen aber auch:

Wenn man wählt, hat man nicht nur ein Wahlrecht, sondern auch eine Wahlpflicht, nämlich die, sich darüber zu informieren, wen oder was man wählt. Den Protestwählern legen wir nahe, sich in Zukunft direkt an ihre neuen Volksvertreter zu wenden.

Den vielen anderen stehen wir natürlich gerne weiterhin zur Verfügung, wenn sie Fragen, Anregungen und Vorschläge haben, wie wir unseren Stadtteil noch besser gestalten können.

Ihre aktiven Bezirksbeirätinnen und Bezirksbeiräte

Pressemitteilung 7.4.2016

Türkei: Erdogan weiter auf Putschkurs

Der türkische Präsident Erdogan setzt seinen Putschkurs weiter fort. Auf dem Weg zur uneingeschränkten Präsidialmacht hat er nun den Ministerpräsidenten Davutoglu zum Rücktritt gezwungen. Erdogan kündigte sofort eine erneute Verschärfung der Antiterrorgesetze sowie eine Forcierung des Militäreinsatzes in den kurdischen Gebieten an. Als nächstes will er ein Gesetz zur Aufhebung der Immunität

der Parlamentsabgeordneten erzwingen. Sein Ziel: Unliebsame Abgeordnete sollen aus dem Parlament entfernt werden – in erster Linie die Abgeordneten der HDP. Damit wäre der Weg zur Verfassungsänderung und für das Präsidialsystem frei.

Von der türkischen Justiz liegen allein mehr als 300 Anträge zur Aufhebung der Immunität gegen HDP-Abgeordnete vor, darunter 75 gegen

den HDP-Co-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş.

Die kurdische Nachrichtenagentur ANF berichtet am 7. Mai: „Ein weiteres Beispiel ist die Abgeordnete Leyla Birlik, sie ist Abgeordnete der HDP für Şirnex (Şırnak). Auch gegen sie liegt ein Antrag auf Aufhebung ihrer Immunität vor. Ihr wird die Teilnahme an einer Beerdigung zur Last gelegt. Sie war auf der Beerdigung von Hacı Lokman Bir-



Seit den Wahlen im November letzten Jahres setzt das türkische Militär die Zerstörung kurdischer Städte im Südosten der Türkei fort. Seit über 50 Tagen stehen derzeit die Städte Şirnak und Nusaybin unter täglichem Beschuss der Armee. Nusaybin (Bild) wurde auch aus der Luft bombardiert. Selbst die international geächteten Phosphorbomben sollen eingesetzt worden sein. 200 000 Einwohner haben die Stadt verlassen, 35 000 sollen dort noch ausharren. Hunderttausende Menschen sind mittlerweile in den kurdischen Gebieten auf der Flucht.



Die Wohnviertel und Innenstädte von Cizre und Yükekova sind zu großen Teilen ausgebombt und zerschossen. In Yükekova sind laut Bericht des DBP-Kreisvorsitzenden Metin Besi rund 5 000 Häuser zerstört worden, an die 100 000 Einwohner wurde vertrieben. Aus Cizre (Bild) waren rund 100 000 Menschen geflüchtet. Viele kehren zurück und wollen ihre Stadt aufbauen. HDP, DBP und kurdische Organisationen in Europa haben aufgerufen, für Familien Partnerschaften zu übernehmen.



Sechs Stadtteile der historische Altstadt Sur (Bild) der Millionenstadt Diyarbakir sind zu großen Teilen zerstört. Ganz Sur gleicht einer Geisterstadt. Um die zerstörten Stadtviertel haben Polizei und Armee eine hohe Betonmauer ziehen lassen. Will man in die Hauptstraße von Sur, müssen drei Polizeikontrollen mit Passkontrollen und Leibesvisitation überwunden werden. Der Blick in die Seitenstraßen wird durch riesige Leinwände versperrt, an jeder Ecke steht ein Polizeiposten. Das Zerstörungswerk der Armee wird jetzt durch Schaufelbagger fortgesetzt, die Haus um Haus endgültig beseitigen. Ob in Sur oder in Yükekova, den Menschen, die ihre Häuser verlassen mussten, wird die Rückkehr verweigert. Die türkische Regierung erließ ein Gesetz, demnach 82 Prozent der zerstörten Stadtteile von Sur enteignet werden, das betrifft 6.292 von 7.714 Grundstücken. Die anderen 18 Prozent gehören sowieso schon der staatlichen türkischen Gesellschaft TOKI.

Es sind Pläne bekannt geworden, wonach die türkische Regierung hier Flüchtlinge aus Syrien ansiedeln will.

Gemeinsame Deklaration von 254 Organisationen und Einzelpersonen, 5.5.2016

Von Civaka Azad wurde jetzt ein Aufruf gegen die Gesetzesvorlage zur Aufhebung der Immunität veröffentlicht (civaka-azad.org):

Einem Aufruf des Demokratischen Kongresses der Völker (HDK) und des Demokratischen Gesellschaftskongresses (DTK) aufgrund der jüngsten beunruhigenden Entwicklungen im türkischen Parlament sind 254 zivilgesellschaftliche Organisationen, politische Parteien, Vereine, Stiftungen, BürgermeisterInnen und Einzelpersonen gefolgt, die folgende gemeinsame Deklaration veröffentlicht haben:

„Die parlamentarische Immunität stellt in erster Linie einen demokratischen Grundsatz dar, der gewählten Vertretern des Volkes das Recht auf das freie Äußern ihrer Meinung garantiert. Dieses Recht gehört auch den Menschen, von denen die Vertreter gewählt worden sind. Denn Parlamentsmitglieder sind dazu verpflichtet, den Willen des Volkes wiederzugeben, in dessen Namen sie handeln. Untersuchungen oder Verhaftungen gegen Abgeordnete einzuleiten, weil diese vom Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht haben, stellen einen direkten Eingriff gegen den Willen des Volkes dar. In diesem Zusammenhang betrachten wir die

Debatte über die Aufhebung der Immunitäten im türkischen Parlament als eine gefährliche Entwicklung, die einen politischen Rachefeldzug darstellt.

Die parallel anhaltenden Verfolgungen, Verhaftungen und Verurteilungen von BürgermeisterInnen und StadträtInnen der Demokratischen Partei der Regionen (DBP) bei gleichzeitiger Absetzung ihres Mandats zeigen, wie ernsthaft die Bedrohungslage ist.

Zudem herrschen derzeit ernstzunehmende Zweifel an der Unparteilichkeit und Unabhängigkeit der türkischen Justiz. Selbst das türkische Verfassungsgericht hat bereits dahingehende Sorgen zum Ausdruck gebracht. Vor diesem Hintergrund bringt insbesondere die juristische Verfolgung von parlamentarischen Oppositionellen eine ganz besondere Gefahr mit sich.

Besorgnis bereitet uns auch, dass diese Gesetzesvorlage insbesondere gegen die Abgeordneten der HDP gerichtet ist, was im Falle ihrer Implementierung nichts weniger bedeutet, als dass dann die Möglichkeit einer politischen Lösung der kurdischen Frage völlig eliminiert werden würde. Der Konflikt würde dann in eine

neue Phase eintreten. Während sich unsere Bemühungen darum drehen, die Gewaltspirale in diesem Konflikt zu durchbrechen, wäre die Schließung der politischen Kanäle ein schwerer Schlag für jegliche Friedensbestrebungen. Es ist schlichtweg nicht verständlich, weshalb auf Methoden beharrt wird, die auch in der Vergangenheit lediglich dazu geführt haben, die Probleme zu vertiefen. Was wir nun brauchen, ist die Öffnung des demokratischen Raums in der Politik.

Wir fordern deshalb unverzüglich die Rücknahme der Gesetzesvorlage, die zu einem Ende der Repräsentation der kurdischen und weiteren marginalisierten Gemeinschaften durch die HDP im türkischen Parlament führen würde. Wir rufen die Mitglieder des türkischen Parlaments dazu auf, die Konsequenzen dieses möglichen Gesetzes vor Augen zu halten und sie im Parlament abzulehnen. Denn solch ein Gesetz würde unsere gemeinsame Zukunft zum Ersticken bringen. Wir fordern ein Ende der politischen Unterdrückung von JournalistInnen, AkademikerInnen und der Stadtverwaltungen der DBP, sowie die unverzügliche Freilassung und Wiedereinsetzung der inhaftierten BürgermeisterInnen.“

lik. Hacı Lokman Birlik ist ihr Schwager. Er wurde am 3. Oktober 2015 in Şirnex im Stadtteil Dicle ermordet. An jenem Tag hatten Spezialeinheiten der Polizei das Feuer auf Zivilist*innen eröffnet. Hacı Lokman Birlik wurde am Bein verletzt und stürzte zu Boden. Als er verletzt am Boden lag, gingen die Täter auf ihn zu und erschossen ihn. Nach seiner Ermordung wurden Bilder ins Internet gestellt, die zeigten, wie sein Leichnam an ein Militärfahrzeug gebunden durch die Straßen der Stadt geschleift wurde. Auf eben jener Beerdigung hat der Abgeordnete Faysal Saryıldız, der auch Zeuge seiner Autopsie war, eine Rede gehalten. Auch die Abgeordnete Aycan İrmek nahm an der Beerdigung von Hacı Lokman Birlik teil. Gegen alle drei Abgeordneten beantragte die Staatsanwaltschaft die Aufhebung der Immunität. Zu ergänzen wäre hier vielleicht noch: Herr Birlik, der Mann der Abgeordneten Leyla Birlik, wurde verhaftet. Die Gründe hierfür sind bisher nicht bekannt.“

Die Kursänderung der deutschen Bundesregierung, nicht mehr gegenüber der türkischen Regierung gegen Menschenrechtsverletzungen, Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit oder auch den Krieg in Kurdistan vorstellig zu werden, verschafft Erdogan den nötigen außenpolitischen Raum für diese Politik. *Rudolf Bürgel*

Auslandsnachrichten Vorschlag für eine Reform der EU-Entsenderichtlinie

Am 8. März hat die Europäische Kommission einen Vorschlag vorgelegt, mit dem sie die mittlerweile zwanzig Jahre alten Regeln zur Entsendung von Arbeitnehmern in der EU umfassend reformieren will. Unter anderem schlägt sie vor, dass die durch allgemeinverbindliche Tarifverträge festgelegten Vorschriften für entsandte Arbeitnehmer aller Wirtschaftszweige verbindlich werden, wobei die wichtigsten Änderungen in drei Hauptbereichen eingeführt werden sollen: bei der Entlohnung entsandter Arbeitnehmer (einschließlich Unterauftragsvergabe), bei den Vorschriften für Leiharbeiter sowie bei langfristigen Entsendungen. Der Vorschlag sieht vor, dass für entsandte Arbeitnehmer die gleichen Vergütungsvorschriften wie für den Aufnahmemitgliedstaat in Rechtsvorschriften oder allgemeinverbindlichen Tarifverträgen festgelegt sind. Außerdem wird vorgeschlagen, dass die durch allgemeinverbindliche Tarifverträge festgelegten Vorschriften für entsandte Arbeitnehmer aller Wirtschaftszweige verbindlich werden. Derzeit gilt dies nur für das Baugewerbe, und die Mitgliedstaaten haben Entscheidungsfreiheit, ob sie

allgemein verbindliche Tarifverträge auf entsandte Arbeitnehmer in anderen Sektoren anwenden wollen. Die überarbeitete Richtlinie soll zudem sicherstellen, dass für Arbeitnehmer von ausländischen Leiharbeitsunternehmen die jeweiligen nationalen Leiharbeitsvorschriften gelten. Ferner wird vorgeschlagen, dass für entsandte Arbeitnehmer, die für länger als zwei Jahre entsandt werden, die arbeitschutzrechtlichen Mindestbestimmungen des Aufnahmemitgliedstaates verbindlich sind. Somit würden langfristig entsandte Arbeitnehmer in den meisten Bereichen des Arbeitsrechts genauso behandelt werden wie ortsansässige Arbeitnehmer – und zwar ab dem ersten Tag, wenn die Entsendung im Voraus auf mehr als 24 Monate angelegt ist. In allen anderen Fällen soll dies gelten, sobald die Entsendedauer 24 Monate überschreitet. Die Entsendung von Arbeitnehmern erfolgt im Rahmen der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung innerhalb des Binnenmarktes. Ein solcher Fall liegt vor, wenn ein Arbeitnehmer in einem EU-Mitgliedstaat beschäftigt ist, jedoch von seinem Arbeitgeber vorübergehend zur Erbringung seiner Arbeitsleistung in einen anderen Mitgliedstaat geschickt wird. Die geplante Überarbeitung der Entsenderichtlinie von 1996 ergänzt die Richtlinie zur

Durchsetzung der Vorschriften über die Entsendung von Arbeitnehmern aus dem Jahr 2014, die bis Juni 2016 in nationales Recht umgesetzt werden muss. Diese Durchsetzungsrichtlinie sieht neue Instrumente zur Bekämpfung von Betrug und Missbrauch sowie zur Verbesserung der administrativen Zusammenarbeit zwischen den nationalen, für Entsendungsfragen zuständigen Behörden vor.

Quelle: [Eureportsocial](http://eureportsocial.org), 3.-4./2016

Schweden: Kampf gegen Schließung einer Lebensmittelfabrik

Die schwedische Lebensmittelarbeitergewerkschaft (Livs) kämpft gegen die geplante Schließung der Findus-Tiefkühlkostfabrik in Bjuv, die 450 Beschäftigte arbeitslos machen und die Existenz von Hunderten von Bauern, die die Fabrik beliefern, vernichten würde. Am 31. März besuchte der CEO von Nomad Foods, ein auf den Britischen Jungferninseln eingetragenes Anlagevehikel, die Fabrik, berief eine Betriebsversammlung ein, kündigte die Schließung der Fabrik zum Jahresende an und verließ sofort danach das Land. Der schwedische Premierminister hat das Unternehmen aufgefordert, nach Schweden zurückzukehren und die Regierung zu treffen, und Livs verlangt die Weiterführung des Betriebs. Nomad wurde 2014 als Anlagevehikel gegründet zu dem Zweck, Marken aufzukaufen und Betriebe auszuschlachten. Mit dem Erwerb der Tiefkühlkosthersteller Iglo Group und Findus im letzten Jahr, europäische Lebensmittelkonzerne, die von ihren früheren Private-Equity-Eigentümern nacheinander finanziell ausgeblutet wurden, wurde das Unternehmen zu Nomad Foods, das sich der Zusammenstellung „eines globalen Portfolios von erstklassigen Lebensmittelkonzernen und -marken“ verschrieben hat. Der unmittelbare Renditedruck bedroht Arbeitsplätze und Existenzgrundlagen im gesamten Unternehmen. Jetzt hängt das Damoklesschwert über Schweden, da nomadische Profiteure Liquidität abschöpfen wollen.

Quelle: <http://www.iuf.org>, 14.4.2016

Belgien: Beamte streiken

Die Gewerkschaft ACOD (Allgemeine Zentrale der öffentlichen Dienste) hatte für den 26. April einen 24-Stunden-Streik angekündigt. Die Gewerkschaft rief ihre Mitglieder aus Protest gegen die in den öffentlichen Haushalt enthaltenen Maßnahmen zum Streik auf. Zu den Maßnahmen gehören vor allem die weitere Konsolidierung des Haushalts (Ausgleich bis 2018 mit einem Mix von Ausgabenkürzungen und Mehreinnahmen), die Aussetzung der automatischen Indexierung der Löhne

und Gehälter um ein Jahr, eine umfassende Renten- und Pensionsreform und große Einsparungen im föderalen öffentlichen Dienst.

Quelle: <http://www.etui.org>, 28.4.2016

Schweiz: Maler/Gipser erreichen frühzeitige Pensionierung

Nach jahrelangen Bemühungen gelang endlich der Durchbruch: Künftig werden (auch) die Maler/innen und Gipser der Deutschschweiz, des Jura und des Tessins frühzeitig in die Pension gehen können. Nach den Gewerkschaften hat heute auch der Arbeitgeberverband SMGV dem Modell zugestimmt. Maler/innen und Gipser können sich neu ab 60 (Männer) bzw. 59 (Frauen) teilweise und ab 63 bzw. 62 Jahren ganz pensionieren lassen. Bis zur ordentlichen Pensionierung erhalten sie eine Übergangsrente von 70% des AHV-Lohns sowie die Beiträge an die 2. Säule bezahlt. Das Modell wird von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern mit je 0,85 Lohnprozenten gemeinsam finanziert. Die ersten Berufsleute werden voraussichtlich ab Januar 2018 vom Modell profitieren können. Ihre Kolleg/innen in der Westschweiz und den beiden Basel kennen die Frühpensionierung bereits, ebenso die Gipser des Tessins. Damit kommen über zehnjährige Bemühungen der Unia zu einem erfolgreichen Abschluss. Die Einführung des Frühpensionierungsmodells ist aber auch ein wichtiges politisches Zeichen in Zeiten, in denen Bürgerliche und Arbeitgeber eine Erhöhung des Rentenalters fordern.

Quelle: <http://www.unia.ch>, 3.5.2016

Schweiz: Kein Ausverkauf beim Bata-Personal

Nach der Schließung aller Schweizer Filialen weigert sich Bata, ein großer Hersteller von Sicherheitsschuhen (der Konzern beschäftigt über 30 000 Mitarbeiter, besitzt 40 Produktionsstätten in 26 Ländern und betreibt 4.600 Schuhläden), mit der Gewerkschaft Unia Verhandlungen über einen Sozialplan aufzunehmen. Dagegen protestierte die Unia am 29.4. vor zahlreichen Filialen. Im April 2016 beschloss Bata überraschend, alle Filialen in der Schweiz zu schließen. Die 175 Verkäuferinnen und Verkäufer sowie alle Lehrlinge haben die Kündigung erhalten. Darunter teilweise langjährige Mitarbeitende. Bereits am 7. April hatte die Unia Bata aufgefordert, über einen Sozialplan zu verhandeln. Doch trotz einem ersten Gespräch ist das Unternehmen nicht bereit, kollektiv Lösungen zu suchen. Vielmehr sind die von Bata vorgeschlagenen Maßnahmen einseitig und ungenügend. Dies verunsichert das Personal stark. Um den Ansprüchen der Mitarbeitenden Rechnung zu tragen,

sind echte Verhandlungen zwingend. Die Unia verlangt, dass möglichst viele Stellen gerettet werden. Im Falle einer Übernahme von Filialen durch Dritte muss das Personal, auch die Lehrlinge, zu mindestens gleichen Bedingungen angestellt werden. Zudem braucht es anständige Abgangsentschädigungen für alle.

Quelle: <http://www.unia.ch>, 29.4.2016

Ungarn: Ladenschluss soll gekippt werden

In Ungarn hat das Parlament beschlossen, mit einem Federstrich die Sonntagsruhe mit Schließung der Einzelhandelsgeschäfte abzuschaffen. Das Parlament begründet dies damit, es würde keine gesellschaftliche Unterstützung dafür geben und schiebt dabei den Gewerkschaften und den Kirchen den „Schwarzen Peter“ zu, sie hätten nicht genug dafür geworben. Damit hatte das ungarische Ladenschlussgesetz nur kurze Zeit bestand. Und es gab dazu weder einen Dialog mit den Gewerkschaften noch mit Arbeitgebern. Eine menschliche Gesellschaft braucht mindestens einen gemeinsamen freien Tag in der Woche, damit sich die arbeitenden Menschen erholen und sich um ihre Familien kümmern können. Auch die Beschäftigten im Einzelhandel haben ein Recht darauf, sich in Gewerkschaften und politischen Parteien zu organisieren und dort mitzuarbeiten. Jede und jeder, der sich mit der wirtschaftlichen Situation des Einzelhandels auseinandersetzt, weiß, dass verlängerte Öffnungszeiten allein keinem Unternehmen Vorteile bringen, weil sich der Umsatz nur auf mehr Tage verteilt. Nur die großen Unternehmen – oft multinationale Unternehmen – die sich die zusätzlichen Kostenbelastungen der erweiterten Öffnungszeiten leisten können, partizipieren und verdrängen noch mehr kleine und mittlere Unternehmen vom Markt.

Quelle: <http://handel.verdi.de>, 15.4.2016

Indien: PepsiCo mitschuldig an Rechtsverletzungen

Seit 2013 unterstützen die IUL-Mitglieder eine beherzte Gruppe von Lagerarbeitern, die arbeitslos sind, weil sie auf ihrem Recht bestanden hatten, eine Gewerkschaft zu bilden. Das Unternehmen, das sie entlassen hat – Radhakrishna Foodland Pvt. Ltd (RKFL) – betreibt ein Lager, das einen Exklusivvertrag mit PepsiCo hat. PepsiCos Lagerbetreiber hat auf den Kampf der Beschäftigten für Rechte mit einer weiteren Verschärfung früherer Missbräuche reagiert. Im Zuge der langen Auseinandersetzung sind ohnehin schon prekäre Einjahresverträge einseitig durch Dreimonatsverträge ersetzt worden, wodurch die Rechte noch

unerreichbarer geworden sind. Die Beschäftigten dieses PepsiCo-Zulieferers erhalten keine schriftlichen, in einer ihnen verständlichen Sprache abgefassten Verträge; sie unterschreiben ein auf Englisch abgefasstes Dokument und werden mündlich über die Laufzeit ihres Vertrags informiert. Und PepsiCo, das vorgibt, einen strengen Zuliefererkodex zu haben und den internationalen Menschenrechtsnormen verpflichtet zu sein, stellt sich eindeutig hinter die Praktiken seines Zulieferers. Unmittelbare Gespräche zwischen der IUL und PepsiCo, einschließlich Vermittlungsbemühungen unter Federführung der Nationalen Kontaktstelle der Regierung der Vereinigten Staaten für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, haben nicht zu einer Abstellung der Missbräuche geführt.

Quelle: <http://www.iuf.org>, 28.4.2016

Indien: Erfolgreicher Streik der TextilarbeiterInnen

Mehrere Straßenblockaden am 18.4. in Indiens drittgrößter Stadt Bangalore: Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter aus zunächst drei, dann fünf Textilfirmen (andere sind dabei, ihre Teilnahme zu beschließen) protestieren gegen eine Veränderung des Rentengesetzes im Bundesstaat Karnataka, mit der die Landesregierung nach Aussagen von Gewerkschaften Betroffene in die „absolute Unsicherheit“ treibt – die unendliche Vielzahl der meist migrantischen ZeitarbeiterInnen kann demnach kaum noch wissen, wie es einmal mit ihrer Rente aussehen wird. Da dies ein großer Angriff auf die Lebenslage der Menschen ist, ist auch der Widerstand groß, mit massivster Mobilisierung und Demonstrationen und Straßenblockaden. In der Textilzone von Tripur/Bangalore arbeiten etwa 400 000 Menschen, davon beinahe 300 000 Frauen. Der massive Streik der indischen Textilarbeiterinnen hat Erfolg gezeigt. Die indische Bundesregierung hat ihren Entwurf zur Veränderung der Rentenversicherung zurückziehen müssen: Der Kampf der Textilarbeiterinnen, vor allem – aber nicht nur – in Bangalore (Bengaluru), der die drittgrößte Stadt Indiens trotz brutaler Polizeirepression tagelang zum faktischen Stillstand gebracht hatte, zwang sie dazu. An diesem erfolgreichen Kampf sind eine ganze Reihe von Dingen bemerkenswert: Die rapide Ausbreitung des Streiks, der zunächst von rund 10 000 Beschäftigten einiger Betriebe ausging und innerhalb von zwei Tagen über 100 000 mobilisierte, sowie die Tatsache, dass die meisten Streikenden unorganisiert waren. Und die Tatsache, dass etwa Dreiviertel aller Streikenden Arbeiterinnen waren (was nach dem einigermaßen erfolg-

reichen Kampf der Erntearbeiterinnen auf den Teeplantagen schon den zweiten erfolgreichen Frauenstreik in kurzer Zeit bedeutet). Quelle: <http://www.business-standard.com>, 20.4./24.4.2016

Argentinien: Entlassungen bei Etex

Die Bau und Holzarbeiter Internationale BHI sagt dem seit mehr als zehn Tagen andauernden Streik der argentinischen Mitgliedsgewerkschaft Focra (Gewerkschaft der Arbeitnehmer in der argentinischen Keramikbranche) am Standort Azul seine vollumfängliche Unterstützung zu. Die Niederlassung gehört zum Unternehmen Cerámica San Lorenzo, das wiederum der belgischen Etex-Gruppe angehört. Bereits seit Mitte des Jahres 2015 prangert Focra auf internationaler Ebene die von Cerámica San Lorenzo in Argentinien vorangetriebene Welle der Massenentlassungen an. Bislang wurden 143 Arbeitnehmer entlassen. Dies stellt nicht nur eine vollkommene Missachtung des für die gesamte Keramikindustrie des Landes geltenden nationalen Kollektivabkommens dar, sondern widerspricht darüber hinaus auch den von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erstellten Richtlinien für multinationale Unternehmen. Als Reaktion auf die Situation reichten sowohl die BHI als auch Focra am 19. Februar dieses Jahres eine internationale Beschwerde bei der OECD ein. Für die Begründung der Entlassungen mit Wirtschaftskrise lagen nach Auffassung von BHI und Focra zu wenig Beweise vor. Zudem kritisierten sie den fehlenden Willen des Unternehmens im Hinblick auf den Abschluss eines Abkommens mit Focra – insbesondere, weil bereits zahlreiche Treffen mit der Gewerkschaft und dem argentinischen Arbeitsministerium im Sinne einer Lösung des Konflikts stattgefunden hatten. BHI-Generalsekretär Ambet Yuson: „Wir appellieren eindringlich an die Etex-Gruppe sowie an ihre Niederlassung Cerámica San Lorenzo, die Verhandlungen mit Focra aufzunehmen. Darüber hinaus sind wir sehr besorgt darüber, dass die Etex-Gruppe ihren Umstrukturierungsprozess ohne jegliche Anhörung der Gewerkschaft ausweitet. Vor diesem Hintergrund fordern wir die Etex-Gruppe dringend dazu auf, einen konstruktiven und kontinuierlichen Dialog mit Focra aufzunehmen und dabei sicherzustellen, dass die Arbeitnehmer nicht ungerechtfertigt entlassen werden.“

Quelle: <http://www.bwint.org>, (Bau- und Holzarbeiter Internationale), 3.5.2016

Ecuador: Dringender Appell

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele von Euch werden von dem verheeren-

den Erdbeben der Stärke 7,8 sowie den Hunderten von Nachbeben gehört haben, die Ecuador in den vergangenen zehn Tagen heimgesucht haben. Unsere PSI-Mitarbeiterin in Ecuador, Verónica Montúfar, steht in engem Kontakt mit allen unseren Mitgliedern dort, sodass wir aus erster Hand über die Folgen der Katastrophe informiert werden und außerdem eine Aufstellung mit der am dringendsten erforderlichen Hilfe haben. Wir bestätigen die Berichterstattung in den Medien, dass es umfassende Zerstörungen gibt und dass viele Gemeinschaften nicht über die in solchen Fällen erforderlichen Notfallmechanismen verfügen. In vielen der abgelegenen Gemeinschaften gab es nur unzureichend ausgestattete öffentliche Dienste. Die Gewerkschaft der Beschäftigten im Gesundheitswesen hat ihre Mitglieder aufgefordert, sich freiwillig für Notfall-einsätze zu melden und auf diese Weise die MitarbeiterInnen des Gesundheitsministeriums zu unterstützen. Tausende Rettungskräfte des öffentlichen Dienstes und Militärpersonal sind nach wie vor in den betroffenen Gebieten im Einsatz. Auf der Grundlage der ersten Schadensberichte wird deutlich, dass die Gewerkschaften beträchtliche Unterstützung von außen brauchen, um ihre Infrastrukturen wiederaufzubauen und ihre Mitglieder zu unterstützen. Dieser Wiederaufbau wird schwierig zu bewältigen sein und viel Zeit in Anspruch nehmen. PSI wird ihre Mitglieder ebenfalls mittel- und langfristig bei ihren Initiativen gegen die repressive Arbeitspolitik unterstützen und dafür sorgen, dass sich ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften am Wiederaufbau öffentlicher Dienste beteiligen können; dazu gehört auch die Stärkung von Notfallmechanismen mit der erforderlichen Personalbasis. Die öffentlichen Arbeitgeber sollten die Kompetenzen und Erfahrungen unserer Mitglieder und ihrer Gewerkschaften nutzen, um katastrophenresistentere und gerechtere Gemeinschaften aufzubauen. PSI hat einen Nothilfefonds für Ecuador eingerichtet, und wir fordern alle Mitglieder auf, das Land zu unterstützen. Frau Montúfar hat uns eine vorläufige Liste mit der am dringendsten erforderlichen Notfallversorgung zukommen lassen, um unsere Mitglieder bei der Bewältigung der direkten Folgen des Erdbebens zu unterstützen. Ich selbst habe US\$10 000 aus dem PSI-Hilfsfonds freigegeben, um diesen akuten Bedarf finanzieren zu können.

Rosa Pavanelli, Kontonr. 298 630 31 06 90-0 oder IBAN CH72 0844 0298 6303 1069 0, Swift Code: COOPCHBB, Bankname und Adresse: Banque Coop, CP 3828, CH-1211 Genf 3, Schweiz

Quelle: Internationale des Services Publics (PSI), 26.4.2016

Das steckt hinter dem Parteiprogramm der AfD

SCHWERIN. Auf dem AfD-Parteitag in Stuttgart haben die Delegierten weite Teile eines Grundsatzprogrammes verabschiedet. Auf den ersten Blick erscheint es fast harmlos. Tatsächlich will das Programm die Radikalisierung der Partei hinter einem breiten Themenspektrum verbergen. Hardliner der AfD haben durch Provokationen und kalkulierte Grenzübertretungen den öffentlichen Diskursraum in den vergangenen Monaten nach rechts verschoben. Das Parteiprogramm der AfD erscheint auf den ersten Blick fast harmlos im Vergleich zu den Thesen zum Schusswaffeneinsatz gegen Geflüchtete, zum faktischen Verbot der Religionsausübung für Muslime in Deutschland und gegenüber den rassistischen Aussagen von Höcke, der in Stuttgart mit Applaus gefeiert wurde; aber nur deshalb, weil die Provokationen aus den Reihen der AfD in Teilen der Gesellschaft längst zur Politisierung von Rassismus und Nationalismus geführt haben.

AfD-Programm soll breites Spektrum ansprechen: Davon profitiert die Partei doppelt: Die Provokationen dienen der AfD dazu, demokratiefeindliche bis demokratiefeindliche Sympathisanten hinter sich zu sammeln. Zudem weiten sie das Feld dessen, was in der öffentlichen politischen Debatte als legitim gilt in Richtung reaktionärer Positionen und ethnisierender Projektionen. Die AfD steht vor allem durch diese Skandalisierungen in der Öffentlichkeit – in den vergangenen Monaten war keine andere Partei medial in vergleichbarem Maße präsent und dies, obwohl die AfD nicht einmal im Bundestag vertreten ist.

Nach Euro- und Migrationskrise soll nun die Inszenierung als Anti-Islam-Partei zum Leitmotiv der AfD werden. Das ist folgerichtig, insofern die Partei damit den Trend der extremen und populistischen Rechtsparteien in Europa folgt ...

AfD will keine Ein-Themen-Partei sein: Doch die AfD hat größere Pläne als rechtsextremistische Kleinstparteien. Gemäßigte AfD-Funktionäre wie Adam und Meuthen wissen, dass die AfD auf Dauer als Einthemenpartei kaum Aussicht darauf haben kann, sich bundespolitisch als relevante Kraft zu etablieren. Doch um als politische Kraft in Sachfragen ernstgenommen zu werden reicht es nicht, „die Etablierten“ vor sich herzutreiben. Darum deckt das Programm der Rechtspartei nun ein breites politisches Spektrum ab.

Neben der empörungsträchtigen und in weiten Teilen grundgesetzwidrigen Anti-Islam-Programmatik bleiben andere Agenden der AfD im Hintergrund,

die vermutlich in breiten Teilen der Wählerschaft deutlich weniger Resonanz finden als populäre Narrative des antimuslimischen Rassismus. Sie fordert beispielsweise die Abschaffung der Erbschaftsteuer, die Deregulierung der Märkte und die Schwächung des Sozialstaates. Ebenso skandalös wie die geforderten Einschränkungen in das Grundrecht auf Religionsfreiheit ist, dass die AfD auch die Freiheit von Forschung und Lehre beschneiden will: So erlaubt sich die AfD zu behaupten, Gender-Forschung sei „unwissenschaftlich“, dürfe nicht gefördert und müsse „abgeschafft“ werden. Zudem fordert die AfD das Waffenrecht zu liberalisieren und die Energiewende rückgängig zu machen.

Die doppelte Strategie der AfD: Das Parteiprogramm der AfD folgt einer doppelten Strategie: Einerseits soll das emotionalisierte Islam-Thema die Partei in den Schlagzeilen halten und Wähler mobilisieren. Diese Ethnisierung verschleiert komplexe soziale Zusammenhänge und Konflikte, auf die Populisten keine sachlich-realistischen Antworten geben können, ohne entweder rechtsextrem orientierte oder aber gemäßigte Wähler zu verstoßen. Im Parteiprogramm nimmt der Islam zwar nur einen geringen Teil ein, dominiert aber die öffentliche Diskussion. Die AfD stellt sich inhaltlich diffus und rückwärtsgewandt auf, jedoch breit genug, um den Vorwurf zurückweisen zu können, sie sei eine Einthemenpartei.

Neben der strategischen Dimension liegt die inhaltliche Bedeutung des Grundsatzprogrammes darin, die Weichen zu stellen für den politischen Arbeitsalltag in den Parlamenten. Die programmatische Richtung ist klar: weniger Freiheit, weniger Gleichheit, weniger Solidarität, weniger Weltoffenheit; kurzum: weniger Grundgesetz.

www.endstation-rechts.de

Direkte Demokratie kein AfD-Alleinstellungsmerkmal

BERLIN. Am 1. Mai hat die Alternative für Deutschland (AfD) auf ihrem Parteitag ein Grundsatzprogramm beschlossen. Unter anderem spricht sich die Partei im Artikel 1 für direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild aus. Die AfD-Bundesvorsitzende Frauke Petry betonte am 30. April, die direkte Demokratie sei „ein einzigartiges Alleinstellungsmerkmal“ ihrer Partei. Das stimmt so nicht. Ein Blick in die Grundsatz- und Parteiprogramme anderer Parteien belegt: Seit Langem tritt die Mehrzahl der etablierten bzw. im Bundestag vertretenen Parteien für direkte Demokratie auf Bundesebene ein. Seit 1990 gab es im Bundestag 14 Vorstöße (von Bündnis90/Die Grünen, Linkspartei/PDS, SPD und FDP), um

die direkte Demokratie bundesweit einzuführen. Das Thema ist also nicht neu, sondern wird nur gerade von der AfD strategisch vereinnahmt.

www.mehr-demokratie.de

Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD

BERLIN. „Nachfragen, Klarstellen, Grenzen setzen“ lautet der Titel der Handreichung, die von der Amadeu Antonio Stiftung im April 2016 veröffentlicht wurde. Die Stiftung reagiert damit auf die Entwicklung der AfD hin zum zentralen rechten Akteur in Deutschland. Der Erfolg der Partei bei den letzten Landtagswahlen gelang vor allem dank ihres rechtspopulistischen Auftretens. Mit ihrer Hetze gegen Minderheiten beeinflusst die AfD gesellschaftliche Debatten und die politische Kultur in Deutschland. Dabei werden bei gleichbleibender Demagogie politische Inhalte kalkuliert angepasst. So wird aktuell gezielt gegen den Islam Stimmung gemacht, seit mit dem Rückgang neuankommender Asylsuchender das Feindbild Flüchtlinge an Wirkung verloren hat. Die AfD macht nicht nur rassistische, nationalistische und andere menschenfeindliche Einstellungen hoffähig, sie stellt auch die Werte der offenen und liberalen Demokratie in Frage: die Unabhängigkeit von Justiz und Medien, Religionsfreiheit und der Schutz von Individualrechten.

www.amadeu-antonio-stiftung.de/start/

Deutschland größter Empfänger seiner Mittel für Entwicklungszusammenarbeit

BERLIN. Die Bundesregierung erreicht erstmals eine Quote von mehr als 0,5 Prozent bei der Entwicklungsfinanzierung – bezahlt dafür aber mit ihrer Glaubwürdigkeit, denn der Anstieg ist nicht echt. „Die Erhöhung der Quote von 0,42 Prozent in 2014 auf 0,52 Prozent in 2015 ist ein Schwindel“, sagt Dr. Bernd Bornhorst, Vorstandsvorsitzender von Venro. „Von den Gesamtausgaben in Höhe von 16 Mrd. Euro sind 2,7 Mrd. Euro Ausgaben für Flüchtlingskosten in Deutschland. Deutschland wird damit selbst zum größten Empfänger seiner eigenen Leistungen für die Entwicklungszusammenarbeit.“ Deutschland hatte sich gemeinsam mit anderen EU-Mitgliedsstaaten verpflichtet, die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit bis 2015 auf 0,7 Prozent seiner Wirtschaftskraft zu steigern. Bei der Berechnung dieser Quote hatte die Bundesregierung, wie andere Länder auch, die Kosten für Flüchtlinge im ersten Jahr ihres Aufenthaltes in Deutschland einbezogen. Dieser Anteil wurde 2015 in einem Ausmaß gesteigert, der nicht mit der erhöhten Zahl von Flüchtlingen allein

zu erklären ist. Um die Quote endlich besser aussehen zu lassen, rechnete die Bundesregierung zwanzigmal so viele Aufwendungen für Flüchtlinge an als im Jahr zuvor, obwohl sich die Anzahl der anerkannten Flüchtlinge lediglich vervierfacht hat. „Damit bläht die Bundesregierung ihre Quote künstlich auf und verliert an Glaubwürdigkeit“, so Bernd Bornhorst. „Die Leistungen für Flüchtlinge in Deutschland sind wichtig und müssen deutlich verbessert werden. Sie helfen den Entwicklungsländern aber nicht dabei, die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in ihrem Land voranzutreiben.“

venro.org/home/

Öffentlicher Dienst: Paritätischer begrüßt Lohnplus als wichtige Aufwertung von Sozialberufen

BERLIN. Die Tarif-Einigung im öffentlichen Dienst, die für kommunale Beschäftigte ein Lohn-Plus von 4,75 Prozent vorsieht, bewertet der Paritätische Wohlfahrtsverband als zentrales und positives Signal zur besseren Anerkennung und Wertschätzung sozialer Berufe. Wichtig sei jetzt, so die Forderung des Verbandes, dass die vereinbarten Verbesserungen auch eins zu eins in der Refinanzierung der freigemeinnützigen Träger berücksichtigt würden, die vielerorts originär kommunale Aufgaben mit Angeboten der Kinderbetreuung, Jugendarbeit oder Streetworking praktisch umsetzen. „Die jetzt vereinbarten Tarifverbesserungen sind ein weiterer wichtiger und lange überfälliger Schritt hin zu mehr gesellschaftlicher Anerkennung für die Arbeit von Menschen für Menschen und für unser aller Gemeinwesen“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, unter dessen Dach unter anderem mehrere tausend Kindertageseinrichtungen und andere soziale Angebote organisiert sind. Der Verband fordert die öffentliche Hand nun auf, die neuen Tarife nicht nur in den kommunalen Einrichtungen anzuwenden, sondern ebenfalls dafür Sorge zu tragen, dass eine Refinanzierung auch bei privat-gemeinnützigen Trägern stattfindet. „Alle Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen, alle Erzieherinnen und Erzieher leisten gleich wertvolle Arbeit. Zuschüsse und Entgelte an die freien Träger müssen nun auch sicherstellen, dass sich dies in einer vergleichbaren Entlohnung abbildet“, so Schneider. „Freie Träger sind eine der Säulen dieses Sozialstaats. Sie verrichten notwendige Aufgaben der Daseinsvorsorge. Die öffentliche Hand ist nach dem Tarifabschluss in der Pflicht, gleiche Bedingungen für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des sozialen Sektors zu gewährleisten“, so Schneider.

www.der-paritaetische.de/startseite/

Nationale Armutskonferenz fordert stärkere Bezuschussung von Waschmaschinen oder Kühlschränken für Hartz-IV-Empfänger

KÖLN. Um die schleppende Nachfrage nach Elektrofahrzeugen anzukurbeln, haben sich Bundesregierung und Autoindustrie auf Kaufprämien verständigt. Diese Nachricht überrascht vor dem Hintergrund, dass für die Anschaffung von stromsparenden Geräten bei Hartz-IV-Empfängern angeblich kein Geld da ist, sagt Dr. Frank Johannes Hensel, Sprecher der Nationalen Armutskonferenz (nak).

Ob Waschmaschine, Kühl- oder Gefrierschrank – in ärmeren Haushalten sind diese Geräte häufig veraltet und wahre Stromfresser. Einer Studie zufolge liegt die monatliche Stromrechnung um etwa ein Fünftel über der Summe, die im Hartz-IV-Regelsatz dafür vorgesehen ist. Für viele Familien sei das eine enorme Belastung, so die nak.

Hensel: „Es passt nicht zusammen, wenn die Gemeinschaft der Steuerzahler der Industrie mit Milliarden Euro hilft, Elektrofahrzeuge zu verkaufen, während sich gleichzeitig Langzeitarbeitslose keine neue Waschmaschine leisten und ihren Strom nicht mehr bezahlen können.“

Was etwa in Österreich möglich ist, werde in Deutschland ignoriert. Ist dort der Kühlschrank, die Gefriertruhe oder Waschmaschine eines Hartz-IV-Empfängers alt und verbraucht zu viel Strom, dann kann das Gerät mit dem höchsten Verbrauch durch ein effizienteres ersetzt werden – dafür gibt es dann einen Zuschuss.

Mit seinem Urteil vom 23. Juli 2014 hat das Bundesverfassungsgericht die Bundesregierung aufgefordert, fortlaufend zu prüfen, ob das Existenzminimum noch gedeckt ist. Ausdrücklich heißt es dabei auch, dass die Entwicklung der Preise für Haushaltsstrom berücksichtigt werden müssten. „Hier fehlt deutlich der Wille, die zunehmende Energiearmut wirksam zu bekämpfen“, so Hensel.

<http://nationalearmutskonferenz.de>

Demonstration in Hannover: 90 000 fordern „TTIP & CETA stoppen“.

HANNOVER. Am Vortag des Treffens zwischen US-Präsident Barack Obama und Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der Messe in Hannover haben heute (23. April) unter dem Motto „TTIP & CETA stoppen! Für einen gerechten Welthandel“ 90 000 Menschen gegen die Freihandelsabkommen zwischen der EU mit den USA (TTIP) sowie mit Kanada (CETA) protestiert. Die Zahl der Teilnehmenden übertraf die Erwartungen der Veranstalter deut-

Antiamerikanische und protektionistische Parolen auf der TTIP-Demo: Ausnahme oder mehr oder weniger verbreitete Grundhaltung?

Aktionen ...
Initiativen



lich. Zur Demonstration aufgerufen hatte ein zivilgesellschaftliches Bündnis von rund 20 Aktivistennetzwerken, Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen, Jugendverbänden, Wohlfahrts- und Sozial- und Kulturverbänden, Gewerkschaften, Bürgerrechts- und kirchlichen Organisationen.

„TTIP und CETA gefährden demokratische, ökologische und soziale Standards und sollen eine konzernfreundliche Paralleljustiz schaffen“, erklärten die Organisator/innen. „Dagegen protestieren Menschen aus ganz Europa und von jenseits des Atlantiks gemeinsam.“ Die Demonstration, auf der unter anderem Ulrich Schneider (Der Paritätische Gesamtverband), Hubert Weiger (BUND), Andrea Kocsis (Verdi) und Lori Wallach von der US-amerikanischen Nichtregierungsorganisation Public Citizen sprachen, richtete an Barack Obama und Angela Merkel eine klare Botschaft: „Wir stehen auf gegen Handelsverträge, die Demokratie und Rechtsstaat aushöhlen und machen uns stark für einen gerechten Welthandel, der sich an Arbeitnehmerrechten, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherstandards statt an Konzerninteressen orientiert.“

Die Verhandlungen zu TTIP müssten gestoppt und CETA dürfe nicht ratifiziert werden, hieß es weiter. Auf der Kundgebung in Hannover forderten die Rednerinnen und Redner die Bundesregierung sowie das Europäische Parlament auf, dem mittlerweile fertig verhandelten CETA-Text nicht zuzustimmen. Umfassende internationale Verträge müssten transparent verhandelt werden und den Schutz von Demokratie und Rechtsstaat gewährleisten. Das von der EU-Kommission als Verbesserung gepriesene Handelsgerichtssystem ICS schreibe auch weiterhin Sonderrechte für Konzerne fest. Die sogenannte regulatorische Kooperation biete für Lobbyisten ein Einfallstor in die Gesetzgebung und berge die Gefahr, dass bewährte Standards etwa bei Lebensmittelqualität, Daseinsvorsorge, Kulturförderung oder Umweltschutz abgebaut werden.

www.ttipdemo.de/home/

Köln sollte sich als Ankunftsstadt begreifen!

Zwei große Herausforderungen an die gesamte Stadtgesellschaft müssen in den nächsten Jahren bewältigt werden: die Schaffung von Wohnraum und die Integration der Geflüchteten. Darüber gibt es vielerorts Debatten, meist im eigenen Milieu, und weniger im Dialog zwischen allen gesellschaftlichen Akteuren. Auch wenn es Versuche dazu gibt, z.B. der Kölner Architekten, fehlt ein breiter gesellschaftlicher Dialog in und mit der ganzen Kölner Stadtgesellschaft. Die Gefahr ist groß, dass unterschiedliche Milieuinteressen aufeinander prallen und keine Politik beschlossen wird, die möglichst viele Interessen bündelt.

Dabei zeichnen sich drei Grundsätze ab, für die man sich einsetzen sollte:

- Gleichheit und Freizügigkeit aller Menschen in der Stadt
- Gemeinwohl vor Privatwohl
- Stärkung des öffentlichen Raums und regionale Kooperation

Es gibt in der Stadt Tausende von Menschen, die sich für Geflüchtete einsetzen. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Das ist eine Tatsache, die für jeden sichtbar ist. Die alte Diskussion darüber wurde ausgesessen. Das rächt sich jetzt. Andere Kontinente gehen mit Fluchtbewegungen gelassener und offener um als Europa. Auch wenn die Entfernungen zum Nahen Osten und Nordafrika gleich geblieben sind, wachsen wir aus vielfältigen Gründen immer weiter zusammen. Die großen Metropolregionen gehören nicht nur zum Einwanderungsland, sondern sind auch Ankunftsstädte, und Kölner Stadtteile wie Chorweiler, Meschenich, Porz-Finkenbergring Ankunftsorte.

Inklusion verwirklichen – demnächst auch in der Politik!

KÖLN. Durch einen breit getragenen Antrag von SPD, Die Linke, CDU, Grüne, FDP und Deine Freunde sollen Ratssitzungen künftig barrierefrei gestaltet sein. Der Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren einstimmig beschlossen, was der Vertreter der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik lobte.

Barrierefreiheit bedeutet, Hindernisse zu beseitigen, die Menschen darin behindern, die Verhandlungen der Kommunalpolitik zu verfolgen. Dazu gehört es, das Rathaus für Geh- und Körperbehinderte mittels Markierungen, Handläufen und Rampen passierbar zu machen. Für Gehörlose sollen bei Bedarf Gebärdendolmetscher/-innen zur Verfügung stehen und der Livestream Untertitelt werden. Blinden und sehbehinderten Menschen

Die gesamten Verwaltungen, ob Bund, Land oder Kommunen haben versagt, weil sie nicht erkannt haben, dass die verschiedenen Metropolregionen in Deutschland und die große Wirtschaftskraft immerwährende Zuwanderung hervorruft.

Doug Sanders beschreibt die weltweiten Wanderbewegungen in seinem Buch „Arrival City – Die neue Völkerwanderung“ sehr anschaulich:

„Die große Wanderungsbewegung manifestiert sich in der Schaffung eines ganz besonderen städtischen Ortes“.

Zu Deutschland: „Es ist die Staatsbürgerschaft – sowohl im rechtlichen als auch im kulturellen Sinn –, die in der deutschen Ankunftsstadt fehlt ... In der deutschen Gesellschaft werden Türken auch noch in der dritten Generation fortdauernd als Besucher auf Zeit oder ‚Ausländer‘ behandelt und sehen sich selbst im Gegenzug genauso, also bemüht sich keine der beteiligten Gruppen um Verbesserung in der Ankunftsstadt.“

Ein gleiche weltweite Erfahrungen machen Geflüchtete: Sie wollen arbeiten, und sie wollen mit finanziellen Überweisungen ihre Familien in den Herkunftsländern unterstützen und eine gute Ausbildung ihrer Kinder erwirken.

Statt einer Kasernierung und ar-

sollen Plätze auf der Besuchertribüne nahe dem Eingang reserviert werden.

Die große Zustimmung, die unser gemeinsamer Antrag erhält, zeigt, dass der Inklusionsgedanke in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Das ist auch an der Zeit. Menschen sind nicht behindert, Menschen werden behindert.

Barrierefreiheit kostet Geld. Sie darf aber nicht nach Haushaltslage gewährt werden, sondern ist als Pflichtaufgabe anzusehen. Zur kommunalen Demokratie gehört es, dass alle Kölnerinnen und Kölner sich einbringen dürfen. Und selbstverständlich müssen sie auch die Möglichkeit haben, Politiker/-innen „auf die Finger zu schauen“. Das schafft Transparenz und beugt Politikverdrossenheit vor.

Jörg Detjen

beitsrechtlicher Abschottung brauchen wir rasch Möglichkeiten, wie sich Geflüchtete betätigen können. Durchlässigkeit und Strukturen sind wichtig. Deutschland mauert sich aber weitgehend ein: Zwar wird jetzt die Vorrangprüfung auf dem Arbeitsmarkt abgeschafft, aber gleichzeitig die Ein-Euro-Jobs wiederingeführt – trotz schlechter Erfahrungen. Warum schafft man nicht berufliche Starthilfen?



Ehrenamtliche Unterstützer*innen und Helfer*innen von Geflüchteten aus der Drehscheibe Köln und Willkommensinitiativen hatten für den 2. April zu einer Kundgebung gegen Rassismus und für Menschenrechte aufgerufen. Ca. 500 Menschen waren dem Aufruf gefolgt, beteiligten sich an verschiedenen Aktionen auf dem Roncalliplatz und lauschten dem Bühnenprogramm. Foto: Hans-Dieter Hey / r-mediabase

fen für Betroffene und Unternehmen? Warum dürfen junge Geflüchtete über 18 Jahren in NRW nicht weiter zur Schule gehen?

Die weltweiten Erfahrungen beim Wohnraum zeigen auch, dass ein Stadtteil, in dem viele Geflüchtete leben, ganz normal ist. Wichtig ist die Anbindung und Durchlässigkeit solcher Viertel an den metropolitanen Raum und keine Abschottung.

Thomas Münch von der Fachhochschule Düsseldorf hat in seiner Auswertung des „Pilotprojekt zur Bekämpfung von Energiearmut im Stadtteil Köln Meschenich (Kölnberg)“ für die RheinEnergie festgestellt, dass der Kölnberg eine klassische Arrival City ist. Auf Grund empirischer Daten konnte die Fachhochschule feststellen, dass die Migranten, die hier erst einmal hinziehen, nach zwei bis fünf Jahren weiterziehen und sich Stück für Stück integrieren. Dabei wird die eigene kleine wirtschaftliche Betätigung dieser Milieus und Gruppen einfach ignoriert. Sie ist aber der Anfang eines Starts in eine neue Zukunft. Deshalb sollte der Kölner Stadtrat viel offensiver über die Schaffung von neuen Stadtteilen nachdenken und eher darauf achten, dass sie gut an den öffentlichen Nahverkehr angebunden sind. Der Stadtteil Blumenberg ist ausbaufähig, das Baugebiet Kreuzfeld könnte schnell erschlossen werden und ein neuer Ankunftsart für Geflüchtete werden.

Jörg Detjen, Güldane Tokyürek, Michael Weisenstein

Das Klinikum Mannheim im Fadenkreuz divergierender Interessen?

Die Universitätsmedizin Mannheim ist eine eigentümliche und singuläre Verbindung aus städtischem Klinikum (Klinikum Mannheim GmbH) und der medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg, die in Mannheim eine eigenständige Fakultät mit Forschung und Lehre betreibt. Die Zahl der Studierenden ist mit 1400 nicht sehr hoch, aber der Jahresbericht 2014 der UMM hebt hervor: „Die Betreuung durch die Lehrenden ist bei uns sehr gut“, sagt Studiendekan Professor Dr. Michael Neumaier. Das belegt zum Beispiel das gute Abschneiden der Mannheimer Studenten beim Ersten Staatsexamen: Hier hat die Fakultät seit fünf Jahren den Spitzenplatz inne. Und auch beim staatlichen Abschlussexamen liegen die Mannheimer vorne – 2014 erzielten die insgesamt 88 Studierenden im Durchschnitt die zweitbesten Ergebnisse nach Münster und vor Freiburg.“ Die Klinik selbst ist innerhalb der Unikliniken ein mittelgroßes Haus, es dient der Maximalversorgung, kein Patient darf abgewiesen werden. Und die Stadt Mannheim ist zu 100% Eigentümerin.

Konflikte gab es zunehmend zwischen der städtischen GmbH und der Fakultät Heidelberg: Wie viel hat die Fakultät der GmbH für die Vorhaltung der Lehr- und Forschungseinrichtungen zu zahlen? Die Fakultät war zunehmend der Meinung, sie bezahle viel zu viel. Sie mobilisierte den Landes-

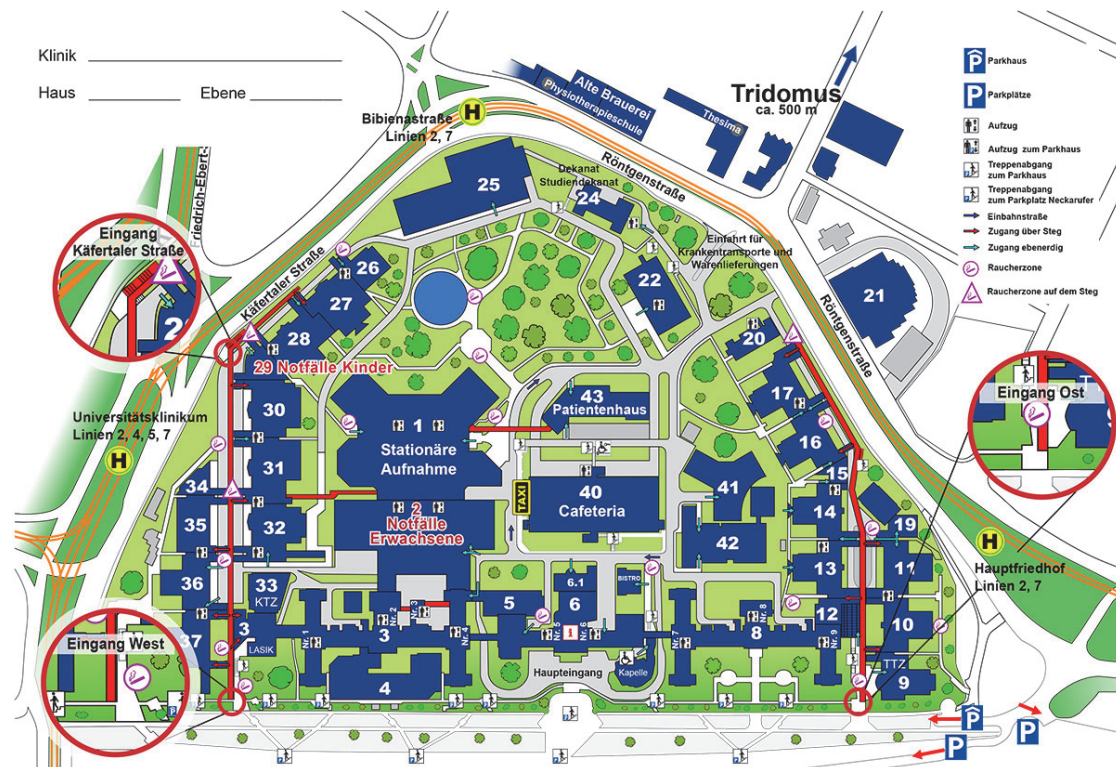
rechnungshof. Es kam zu schwierigen Verhandlungen, in denen die Fakultät mehr Kontrolle und Mitsprache im Gesamtkonstrukt verlangte. Der Aufsichtsratsvorsitzende Oberbürgermeister Peter Kurz widersprach diesen Ansprüchen mit Hinweis auf das wirtschaftliche Risiko in der GmbH, welches ausschließlich die Stadt zu tragen habe. Inzwischen gibt es ein kompliziert austariertes Vertragswerk über die gemeinsame Steuerung der UMM unter kommunaler Dominanz.

In die krachigen Verhandlungen platzte der Hygiene-Skandal. Er machte sich fest an Feststellungen der von Unbekannt ins Haus gerufenen Aufsicht des Regierungspräsidiums Nordbaden. Sie stellte schwerwiegende Mängel in der OP-Besteck-Hygiene fest – ein Mangel im Blickfeld der Chirurgen. Eine Kontrolle der Raum-Reinheit fand wohl nicht statt. Das Medienecho startete aus „Spiegel“ und „ZEIT online“ und war bundesweit.

Es wurden sofort Maßnahmen ergriffen, die inzwischen auch wirken und das Klinikum Mannheim zum „bestkontrollierten Haus“ in der Bundesrepublik haben aufsteigen lassen. Das gesamte OP-Besteck wurde ausgetauscht, da überaltert, für mehrere Millionen Euro. Die Fortbildungen wurde intensiviert.

Gleichzeitig brachen die Patientenzahlen und damit die Einnahmen der Klinikums ein, die sich inzwischen

nach Angaben der UMM aber wieder auf den alten Stand erhöht haben. Was sich allerdings nicht besserte, war die desaströse Entwicklung des hessischen Klinikverbundes, dessen drei kleine Krankenhäuser das Klinikum Mannheim erworben hatte, um sich möglichst die Patienten aus Südhessen zu sichern. Inzwischen wurde das Insolvenzverfahren eröffnet und für 2015 diese Investition in der Klinikum Mannheim GmbH abgeschrieben. Das Jahr 2014 endete mit einem Fehlbetrag von 20,8 Mio. Euro, die mit Gewinnvorräten aus vorangegangenen Jahren ausgeglichen werden mussten. 2015 wird ein noch höher belastetes Ergebnis ausweisen. Die Liquidität (Kassenbestand) schmolz 2014 von 66,5 auf 39,5 Mio. Euro. Inzwischen ist er aufgebraucht, die Stadt muss mit ihren Cash-pool aushelfen. Gleichzeitig besteht weiter Investitionsbedarf, den das Klinikum über Bankdarlehen finanzieren muss. In die Verhandlungen hierüber platzte am 5. April eine mediale Bombe: Aus dem sechsköpfigen Ständigen Ausschuss des Aufsichtsrates war ein vertrauliches Papier über die bisherigen Verhandlungsergebnisse auf den Schreibtischen des „Mannheimer Morgen“ gelandet. Das Papier war für eine Sitzung des Ständigen Ausschusses am 7. April gedacht. In dem Ausschuss sitzen der OB, je ein Vertreter der SPD, Grünen, ML und der CDU sowie ein Vertreter des Betriebs-



Klinikum Mannheim: Die längste Klinikflur Europas, zerstückelt und weit über das Gelände zerstreut. Historisch gewachsen, aber nicht gerade eine gute Basis für wirtschaftliches Arbeiten. Nicht das einzige Problem ...

rates. Nun gibt es großes Rätselraten, wer hier die Bank-Verhandlungen zu torpedieren trachtete.

„Hygiene-Skandale“ sind fast beliebig produzierbar

Hygiene-Skandale sind fast beliebig produzierbar, weil in sehr vielen Krankenhäusern die hygienischen Verhältnisse schlecht sind. Verdi hatte beispielsweise in einem dramatischen Aufschlag Alarm geschlagen: Am 21.02.2013 titelte „BILD Stuttgart“: „Verdi klagt an! Krankenhäuser sparen immer mehr bei Reinigung | Hygiene-Alarm in unseren Kliniken (...) Die Gewerkschaft hat Beschäftigte von 15 städtischen und privaten Kliniken im Ländle befragt. Neben Reinigungskräften auch Pflegepersonal und Techniker. Das Ergebnis: Um die Arbeiten annähernd zufriedenstellend zu erledigen, fehlen rund 21 000 nichtärztliche Beschäftigte!“

Damit sind wir bei dem Grundtatbestand der vollständigen Ökonomisierung und permanenten Unterfinanzierung der Krankenhäuser angekommen. „Über 51 Prozent der Kliniken im Ländle schrieben im letzten Jahr rote Zahlen. Folge: Personal wird eingespart“, zitiert „BILD“ Verdi.

Am 13.02.2012 hatte beispielsweise die „FAZ“ berichtet: „Hygiene-Skandal am Fuldaer Klinikum. Mancher glaubt bis heute an Sabotage – Rund ein Jahr nach dem Hygiene-Skandal am Fuldaer Klinikum sind die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen. Nur die Kosten stehen schon fest: zwölf Millionen Euro.“ Das Klinikum Fulda wird seit 1.1.2004 als gemeinnützige Aktiengesellschaft im Eigentum der Stadt Fulda geführt.

Nach Mannheim gab es Wirbel in Karlsruhe – das Regierungspräsidium ist nun voll unterwegs. Am 5.8.2015 meldet das SWR-Fernsehen: „Paracelsus-Klinik in Karlsruhe Hygienemängel stoppen OP-Betrieb – Schon wieder ein Hygieneskandal in einer Klinik in Baden-Württemberg: In einer Karlsruher Klinik musste die zentrale Sterilisationsabteilung schließen. Experten warnen vor Panikmache.“ Paracelsus ist ein privater Klinikträger (inhabergeführt) mit ca. 40 Einrichtungen. Die Aufregung währte tatsächlich nicht lang. Man verwies auf den Aktionismus des Regierungspräsidiums.

Helios: „Wir lösen den Investitionsstau rasch auf und bringen damit frischen Wind und moderne Behandlungsmethoden in unsere Häuser.“

Auf ihrer Website lädt unter der Rubrik „Privatisierung“ die Helios Kliniken GmbH ein: „In diesem Bereich möchten wir Ihnen verschiedene Möglichkeiten zur Kooperation und Partnerschaft vorstellen. Bei Fragen zur Partnerschaft und Privatisierung, aber auch für allgemeine Informationen zu

diesem Thema stehen wir Ihnen gerne telefonisch, per E-Mail oder im persönlichen Gespräch zur Verfügung. Alle Anfragen werden selbstverständlich vertraulich behandelt.“ (helios-kliniken.de/ueber-helios/unternehmen-sportrait.html) Helios ist im 100%igen Eigentum von Fresenius. Man verfügt über 111 Häuser quer über die Republik. Die Schwierigkeiten, die viele Kommunen mit ihren Krankenhäusern haben, sind Stoff für das Geschäftsmodell von Helios: „Durch den massiven Rückgang von Fördermitteln für Krankenhäuser in den letzten 15 Jahren hat sich ein Investitionsstau in deutschen Kliniken gebildet, der derzeit auf rund 50 Milliarden Euro geschätzt wird. Auffällige Gebäude, veraltete Geräte und Mehrbettzimmer ohne Dusche und WC belasten gleichermaßen das Personal und die Patienten. Wir lösen den Investitionsstau rasch auf und bringen damit frischen Wind und moderne Behandlungsmethoden in unsere Häuser. Damit sichern wir langfristig die Standorte und Arbeitsplätze vor Ort. Generell ist für uns eine Beteiligungshöhe zwischen 51 und 100% denkbar. Oftmals ist es für beide Seiten sinnvoll, wenn die Verkäuferin als Minderheitsgesellschafter an der Gesellschaft beteiligt bleibt, um bei strukturellen Fragen, die Einfluss auf die medizinische Versorgung der Bevölkerung haben, mitentscheiden zu können.“

Weitere Klinik-Konzerne sind auf dem Markt unterwegs: SANA mit 48 Häusern, eine Gründung von 29 Unternehmen der Privaten Krankenversicherung. Ferner Rhön Klinikum AG, Asklepios, Paracelsus. Man kauft gerne gegenseitig Aktien, aber vor allem versucht man scheiternde öffentliche Kliniken als Sanierungsfälle preisgünstig aufzukaufen, um zu „sanieren“. Dabei greift man eifrig nach Kapital auf dem Kapitalmarkt. Die Sanierungsobjekte müssen den Schuldendienst sodann abarbeiten.

Beispielsweise kaufte die Rhön-Klinikum AG die Unikliniken Marburg, heute Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH. Diese GmbH weist bei einer Bilanzsumme von 730 Mio. Euro einen Schuldenstand von über 500 Mio. Euro aus. Die Eigenkapitalquote beträgt 28,3% mit sinkender Tendenz. Die Bilanz zum 31.12.2014 weist ferner einen Verlustvortrag von 58 Mio. Euro und einen Jahresfehlbetrag von 5,6 Mio. Euro aus.

Das Klinikum Mannheim ist übrigens bisher schuldenfrei. Lediglich 19 Mio. Euro bei einer Bilanzsumme von gut 500 Mio. Euro sind mittlerweile über den Hessischen Klinikverbund auf das Klinikum übergegangen. Ein Notverkauf wäre da doch attraktiv für wen auch immer?

Thomas Trüper

Senat will mehr teure und weniger günstige Wohnungen: HAMBURG. Der Senat kündigte heute an, dass zukünftig 10 000 Wohnungen jährlich in Hamburg gebaut werden sollen. Davon sollen nur 3 000 öffentlich gefördert werden. „Diese Planungen bekämpfen den Mangel an preiswerten Wohnungen nicht, sie erhöhen ihn“, erklärt dazu Heike Sudmann, wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft. „Über 50 Prozent aller Hamburger Haushalte haben so wenig Einkommen, dass sie Anspruch auf eine öffentlich geförderte Wohnung haben. Jetzt will der Senat noch nicht mal ein Drittel der neuen Wohnung zu einem günstigen Preis auf den Wohnungsmarkt bringen. Der vielbeschworene Dreitmisch wird klammheimlich beerdigt, die Wohnungsnot bleibt.“ www.die-linke-hamburg.de

Sozialticket-Abstimmung: Nicht verschieben – jetzt einführen! FREIBURG. Nach gut 10 Jahren Debatte und intensiver Beratung in den vergangenen Monaten will die CDU-Stadtratsfraktion Freiburg die geplante Abstimmung über das Sozialticket am 10. Mai im Freiburger Gemeinderat nochmals verschieben. Dafür haben wir, aber insbesondere, die Menschen, die auf ein Sozialticket angewiesen sind, keinerlei Verständnis. Zumal in den vergangenen Haushaltsberatungen die Unabhängigen Listen und JPG einen Antrag auf die Einführung eines Sozialtickets eingebracht haben, der dann – auch von der CDU – abgelehnt wurde. Wer so mit den Bedürfnissen von Menschen mit geringen Einkommen umgeht, hat deren Situation nicht verstanden. Große Versäumnisse und Ungerechtigkeiten in den letzten Jahrzehnten auf allen Ebenen der Sozialpolitik haben die soziale Ausgrenzung dieser Menschen weiter vorangetrieben. Dem entgegenzuwirken duldet keinen Aufschub! Das Sozialticket wird am 10. Mai 2016 in einem ersten Testlauf eingeführt, dessen praktischer Verlauf anschließend evaluiert wird. Über eine präzise Gestaltung kann gerne, auch mit der Linken Liste, mit dem Bündnis Sozialticket für Freiburg und vor allem mit den NutzerInnen, vor der nächsten Haushaltsberatung diskutiert werden. www.linke-liste-freiburg.de

Linksfraktion DUISBURG setzt sich mit Forderung nach Beitritt zur Unesco Städtekoalition gegen Rassismus durch. In seiner Sitzung hat der Integrationsrat der Stadt Duisburg sich dafür ausgesprochen, der Unesco-

Städtekoalition gegen Rassismus beizutreten. Die Linksfraktion Duisburg hat schon in der letzten Sitzung des Integrationsrates diesen Antrag eingebracht, der jedoch zunächst nur in Erster Lesung beraten wurde. Am heutigen Dienstag ist es der Linksfraktion nun gelungen für die Initiative zum Beitritt zur Städtekoalition gegen Rassismus eine breite Mehrheit zu erlangen. Einige andere Fraktionen und Gruppen waren bereit, sich als Antragsteller mit anzuschließen. Hierzu erklärt Kenan Ilhan, integrationspolitischer Sprecher der Linksfraktion Duisburg und stellvertretender Vorsitzender des Integrationsrates: „Die Städtekoalition gegen Rassismus ist eine Initiative der Unesco, die 2004 gestartet wurde. Ziel ist es, ein internationales Netzwerk von Städten, die sich gemeinsam für wirkungsvolle Aktionen und Maßnahmen gegen Rassismus einsetzen, aufzubauen. Dass wir es geschafft haben, für unseren Vorschlag eine Mehrheit zu erreichen, freut mich.“ www.die-linke.de/ne/politik/kommunal/aktuelles-aus-den-kommunen

Panama-Papers: Immobilien im Land BREMEN im Besitz von Offshore-Briefkastenfirmen? Spätestens seit den Veröffentlichungen über die sogenannten ‚Panama Papers‘ ist klar, dass Investoren mit Hilfe von Briefkastenfirmen Immobilien auch in Deutschland und im Land Bremen erwerben. Eigentümer bleiben mit Hilfe der Briefkasten-Konstruktion anonym und könnten so notarielle, steuerliche und handelsgesetzliche Vorschriften umgehen. Nicht alle Briefkastenfirmen in Offshore-Staaten sind für illegale Zwecke gegründet. Allerdings dienen viele der sog. ‚Steuervermeidung‘ unter Ausnutzung bestehender Gesetzes- und Vollzugslücken. Beispielsweise ist es möglich, in einem Staat mit geringer Steuerlast eine Immobilienholding zu gründen, um in Deutschland Häuser zu kaufen. Profite werden dann nicht mehr in Deutschland, sondern im Staat des Firmensitzes versteuert. Außerdem können Immobilien verkauft oder vererbt werden, ohne dass deutsche Finanzämter beteiligt werden, indem nicht das konkrete Gebäude, sondern Anteile an der Holding verkauft oder vererbt werden. Die Linke hat eine Kleine Anfrage eingereicht. Der Senat soll unter anderem mitteilen: Wurden in den Grundbuchämtern Bremens und Bremerhavens die genannten Immobilien und Firmen überprüft? Wäre es rechtlich und tatsächlich möglich, elektronische Grundbuchauszüge nach Herkunftsorten der besitzenden Firmen zu prüfen, z.B. an Hand der ‚schwarzen Liste‘ des Internationalen Währungsfonds IWF? Wie viele Im-

mobilien in Bremen und Bremerhaven sind im Eigentum von juristischen Personen/Firmen aus diesen Staaten?

www.linksfraktion-bremen.de

Flüchtlinge nicht im Regen stehen lassen: Für überdachte Wege in den Unterbringungen. ESSEN. Für die Ratssitzung stellte die Ratsfraktion Die Linke den Antrag, dass in Flüchtlingsunterkünften mit Containern und ähnlichen Bauten, überdachte Wege eingerichtet werden. Diese sollen wenigstens für einen minimalen Witterungsschutz zwischen den verschiedenen Bereichen (Wohnen, Sanitär, Küche, Sozialräume, etc.) sorgen. Denn in den Unterbringungen mit mobilen Gebäuden befinden sich die verschiedenen Bereiche, die sich sonst in einem Gebäude bzw. einer Wohnung befinden, zum Teil weit auseinander. „Es ist unzumutbar, wenn die Bewohner bis zu 100 Meter ungeschützt durch schlechtes Wetter laufen sollen, wenn sie z.B. nachts im Winter zur Toilette müssen“, so die Fraktionsvorsitzende Gabriele Giesecke. „So sind die Wege in der geplanten Unterkunft Lahnbeckestraße zwischen 20 und 110 Meter lang. Das führt insbesondere im Winter zu vermeidbaren Härten für die Bewohner. Mit einfachen Überdachungen könnten diese wenigstens halbwegs trocken zur Toilette, zum Duschen und zu den Sozialräumen gelangen.“ Eine Bebauung mit festen Unterkünften wäre die bessere Lösung, die allerdings aus baurechtlichen und aus Zeitgründen oft genug nicht möglich ist.

www.linksfraktion-essen.de

Zwölf neue Quartiere schafft der Senat weder allein noch von jetzt auf gleich: BERLIN. Zur Vorstellung der Pläne für zwölf neue Stadtquartiere erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung Katrin Lompscher: Es wäre schön gewesen, wenn bei der heutigen Vorstellung durch den Senator auch Bezirksvertreterinnen und -vertreter, Abgeordnetenhaus, BVG, Bahn und Wasserbetrieben dabei gewesen wären. Das hätte deutlich gemacht, dass eine Stadt erstens niemand allein baut und es zweitens falsch ist zu glauben, das ginge jetzt alles ganz schnell und würde insbesondere den bis 2020 bestehenden Wohnungsbedarf decken können. So ist das Planungsrecht ein demokratisches Gut, das nicht durch Par-ordre-du-mufti ersetzt werden kann. Das braucht nicht nur Zeit, da ist es auch erlaubt, die eine oder andere Frage strittig zu diskutieren. Und dann muss, bevor „oben“ Wohnungen entstehen können, „unten“ alles fertig sein – von der Straße über ÖPNV-Gleise bis zu Rohrleitungen. Das ist rund ein

Drittel der Gesamtinvestitionen und braucht einen erheblichen zeitlichen Vorlauf. Auch bleibt kritikwürdig, dass der Senat meint, mit einem Anteil von lediglich 30 Prozent „bezahlbarer“ Wohnungen könnte eine ausgewogene soziale Mischung gelingen.“ www.die-linke-berlin.de

Antrag Panama-Papiere: Keine indirekte Beteiligung an Vermögensverschleierung durch Briefkastenfirmen. MÜNCHEN. Der Stadtrat möge beschließen: Der Stadtrat fordert Herrn Oberbürgermeister als Vorsitzenden des Verwaltungsrats der Stadtparkasse München GmbH (SSKM) auf, sich von der Geschäftsführung der SSKM in einer kurzfristig einzuberufenden außerordentlichen Sitzung des Verwaltungsrates darstellen zu lassen, in wie weit die SSKM, die über den Sparkassenverband mit der Bayern LB als „Dachinstitut der Sparkassen“ verbunden ist, über die Luxemburger Tochterfirma Banque LB Lux und ihre Tätigkeit informiert war. Insbesondere soll dargestellt werden, welchem Zweck die wohl insgesamt 129 Briefkastenfirmen dienten, die nach vorliegenden Berichten über die panamaische Anwaltskanzlei Mossack Fonseca eingerichtet worden waren. Der Stadtrat bittet Herrn Oberbürgermeister die Ergebnisse dieser Sitzung dem Stadtrat darzustellen. Begründung: Über den Sparkassenverband Bayern (SVB), in dem 71 bayerische Sparkassen vertreten sind, ist auch die Stadtparkasse München (SSKM) mit der Bayern LB verbunden. Der SVB hält nach der Kapitalerhöhung von 2013 25 % der Anteile an der Bayern LB. Aufgrund der Enthüllungen im Rahmen der Panama-Papiere durch die „Süddeutsche Zeitung“ wurde Zug um Zug deutlich, dass die Bayern LB noch im Jahre 2008 über ihre luxemburgische Tochter Banque LB Lux und die Anwaltskanzlei Mossack Fonseca zahlreiche Briefkastenfirmen „in Auftrag“ gegeben hat. Derzeit sorgen Spitzeninstitute der Sparkassen in anderen Bundesländern von sich aus für umfängliche Aufklärung. Ein solcher Bericht der Landesbank, inklusive einer Darstellung der begünstigten vor allem Münchner Kunden ist bisher nicht erfolgt. Noch heute betreibt die Bayern LB eine Tochtergesellschaft in Munsbach/Luxembourg, die BayernInvest Luxembourg S.A.. Die Sparkasse der Landeshauptstadt sollte daher 1. sich eine genaue Kenntnis der Vorgänge in der Bayern LB aneignen und eine Änderung dieser Geschäftspolitik einfordern, 2. die eigenen (damaligen) Geschäftspraktiken offenlegen und erläutern. Insbesondere im Auftrag welcher Geschäftspartner mit welchen

Begründungen diese Briefkastenfirmen für notwendig befunden wurden. 3. eine Position veröffentlichen, wie die Sparkasse künftig den Nachfragen nach Briefkastenfirmen und Steuerhinterziehungs- und Steuerumgehungsmaßnahmen ihrer Kundschaft umgehen wird. 4. darstellen, in welcher Größenordnung der Landeshauptstadt durch Vermögenstransfers auf Briefkastenfirmen Steuereinnahmen entgangen sein könnten.

www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Sozial gerechter ÖPNV ist möglich: TRIER. Vorletzte Woche lehnte der Bauausschuss der Stadt Trier den Prüfauftrag der Linksfraktion zum ticketlosen öffentlichen Nahverkehr als „unrealistische Vision“ mehrheitlich ab. Es ging jedoch nicht darum, nun sofort die Einführung eines umlagefinanzierten ÖPNVs zu beschließen. Einerseits sollte die Diskussion um einen sozialen und ökologisch nachhaltigen ÖPNV weiter vorangetrieben werden. Andererseits sollte eine Informationsgrundlage für die Ratsmitglieder und viel wichtiger für die Öffentlichkeit geschaffen werden. Der Vorwurf der anderen Fraktionen, dass eine vertiefte Diskussion nicht sinnvoll sei, da auf Landesebene die gesetzlichen Voraussetzungen für einen umlagefinanzierten ÖPNV nicht gegeben seien, ist nicht nachvollziehbar und nicht mehr als eine Ausrede, um sich der Diskussion nicht stellen zu müssen. Wenn das Ziel eines sozial und ökologisch nachhaltigen ÖPNVs politisch gewünscht und verfolgt wird, dann muss zuerst eine Datenbasis geschaffen werden, die eine logische und rationale Argumentation zulässt, um danach auf Grundlage dessen Überzeugungsarbeit auf Landesebene betreiben zu können. Die Linksfraktion bevorzugt das Modell eines umlagefinanzierten PNVs gegenüber einem Sozialticket, da dieser sozial- und ökologisch nachhaltiger, eine billigere Alternative für den Einzelnen wie für die Stadt ist und den Bürokratieabbau fördert. Die Einnahmerückgänge, die sich aus der Ermäßigung eines Sozialtickets ergeben würden, müssten gegenfinanziert werden, meist durch die Kommune. Beim umlagefinanzierten ÖPNV würden die Kosten für den öffentlichen Nahverkehr gleichmäßig auf alle Bürger aufgeteilt. Das wären in Trier etwa zwölf Euro monatlich pro Person – deutlich weniger als etwa beim Arbeitslosengeld II für Verkehr vorgesehen. So sozial wäre das Sozialticket im Vergleich nicht.

www.die-linke-trier.de

(Zusammenstellung: ulj)

BASF gibt sich blind, taub und aggressiv gegenüber den Opfern des Massakers von Marikana

Die vielbeschworene soziale Verantwortung von BASF gerät zur Farce. BASF weist jegliche Zuständigkeit von sich.

30.5.2016. Eine Delegation aus Südafrika konfrontierte die BASF bei der gestrigen Hauptversammlung erneut mit den weiterhin skandalösen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Marikana und der erwiesenen Mitverantwortung ihres Platinlieferanten Lonmin am Massakers von Marikana.

Bishop Jo Seoka (Vertreter der MinenarbeiterInnen von Marikana, Südafrika), der bereits im Vorjahr auf der Hauptversammlung von BASF von den Verfehlungen des Platinlieferanten Lonmin (BASF ist der Hauptkunde von Lonmin) aufmerksam gemacht hatte und die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele von BASF in Bezug auf Lieferkettenverantwortung in Frage gestellt hatte, sowie Ntombizolile Mosebetsane und Agnes Makopano Thelejane (zwei

Witwen der in Marikana getöteten Minenarbeiter) adressierten erneut den Vorstand von BASF.

Obwohl die VertreterInnen der südafrikanischen Delegation darlegten, dass von Seiten Lonmins lediglich kosmetische Verbesserungsmaßnahmen vorgenommen wurden und das es keine Fortschritte in Bezug auf Entschädigungszahlungen für die Hinterbliebenen der ermordeten Minenarbeiter gibt, beruft sich BASF einzig und allein auf einen Audit aus dem Dezember 2015, bei dem festgestellt wurde, dass Lonmin „alle Probleme gelöst“ hätte und lediglich kleine Verbesserungen bezüglich Werkssicherheit und Umweltschutz möglich seien.

Die Antwort von Kurt Bock auf die Reden der südafrikanischen Delegation, die zusammen mit dem Dachverband der kritischen Aktionärinnen und Aktionäre und der kirchlichen Arbeitsstelle südliches Afrika (KASA)

Dokumentiert: Ergebnis bei Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst: Lohn-erhöhung um 4,75 Prozent, sichere Altersversorgung und neue Entgeltordnung

Bei den Tarifverhandlungen für die 2,14 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen gibt es eine Einigung. In Potsdam stellte Verdi-Verhandlungsführer Frank Bsirske ein Gesamtpaket vor, das die Sicherung der Leistungen der betrieblichen Altersversorgung, eine neue Entgeltordnung für 1.088 Tätigkeiten und eine Erhöhung der Löhne und Gehälter in zwei Schritten um insgesamt 4,75 Prozent beinhaltet – 2,4 Prozent ab 1. März 2016 und 2,35 Prozent ab 1. Februar 2017. Die Ausbildungsvergütungen werden in zwei Schritten um insgesamt 65 Euro erhöht – 35 Euro ab 1. März 2016 und 30 Euro ab 1. Februar 2017. „Das Ergebnis ist ein Kompromiss, der die Reallöhne deutlich erhöht, die Kaufkraft stärkt und dazu beiträgt, den öffentlichen Dienst in Deutschland attraktiver zu machen“, sagte Bsirske. Die Warnstreiks von 100 000 Beschäftigten kurz vor den Tarifverhandlungen hätten für eine Beschleunigung der Gespräche gesorgt und einen akzeptablen Kompromiss ermöglicht.

Bis zuletzt hatten die Verhandlungspartner um eine Lösung für die betriebliche Altersversorgung gerungen, die bis zu einem Drittel der Rentenansprüche ausmacht. Dabei konnte eine Rentenkürzung verhindert werden. Der für eine zehnjährige Laufzeit gefundene Tarifkompromiss sieht vor, dass bei Kassen, bei denen finanzieller Handlungsbedarf besteht, ein zusätz-

licher Arbeitnehmer-Eigenbeitrag in Höhe von 0,4 Prozent eingeführt wird. Im gleichen Umfang haben die Arbeitgeber einen Zusatzbeitrag zu leisten. Sofern Überschüsse entstehen, werden die Beiträge für beide Seiten gesenkt. Eine ähnliche Vereinbarung hat die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi) bereits für den Tarifbereich der Bundesländer abgeschlossen.

Die neue Entgeltordnung bringt für einen großen Teil aller Berufe im öffentlichen Dienst auch eine finanzielle Aufwertung. Die Tarifvertragsparteien hatten mehrere Jahre über die Neubewertung von 1.088 der rund 4 000 Tätigkeitsmerkmale verhandelt und sich verständigt, die entstehenden Mehrkosten paritätisch aufzubringen. Die Gewerkschaften erklärten sich bereit, die Jahres-Sonderzahlung um vier Prozentpunkte abzusenken und für drei Jahre einzufrieren, um Mehrkosten der Arbeitgeber hälftig zu kompensieren. In der Frage der tariflichen Ausschlussregelung für sachgrundlose Befristungen konnte keine Einigung erzielt werden.

Es sei zu begrüßen, dass der Bundesinnenminister die zeit- und inhalts-gleiche Übertragung des Ergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten zugesagt hat.

Die Bundestarifkommission empfiehlt den Mitgliedern die Annahme des Tarifiergebnisses in der nachfolgenden Befragung. Es gilt eine Erklärungsfrist bis zum 31. Mai 2016. www.verdi.de

auftraten, war die gänzliche Zurückweisung jeglicher Zuständigkeit der BASF.

Anstatt auf Kritik einzugehen und sich mit den Forderungen zu beschäftigen, fiel dem Vorsitzenden der BASF nichts weiter ein, als sich mit dem vollends intransparenten Audit von Lonmin „durch eine unabhängige Instanz“ zu brüsten.

Offensichtlich in die Enge getrieben, reagierte Bock zusehends aggressiv: Obwohl bei der Aktionärsversammlung dazu aufgerufen und gemäß der Satzung der Versammlung auch verpflichtet, verweigerten Vorstand und Aufsichtsrat der BASF zahlreiche Antworten auf einfache Fragestellungen: Die Frage etwa, warum einer Evaluierung Glauben geschenkt werden soll, die gar nicht veröffentlicht wird und nur der BASF zugänglich ist? Oder warum bei der angeblich „umfassenden“ Evaluierung keine der Opfergruppen des Massakers von Marikana befragt wurde, sondern bloß der Mittäter Lonmin?

„In dem Bericht (der Farlam-Untersuchungskommission) wird klar, dass Lonmin, unser Lieferant, mit dem wir seit 30 Jahren zusammenarbeiten, nicht alles unternommen habe, um diese Vorfälle, diese Tragödie zu verhindern. Und jetzt kommen Sie hierher nach Ludwigshafen, und wollen, dass wir Entschädigungen zahlen für die

Witwen, für die Hinterbliebenen dieses Vorfalles.“

Die Eingaben der südafrikanischen Delegation werden letztlich als unberechtigte Bittstellung an die falsche Adresse dargestellt.

„Wir verstehen Ihren Wunsch, aber ich kann Sie da auch nur um Verständnis bitten, Sie können die Probleme, die sie in Südafrika haben, zwar nach Deutschland tragen und wir setzen uns damit auch sehr, sehr intensiv auseinander, das spüren Sie, glaube ich, auch, aber wir können nicht alle Probleme, die Sie in Südafrika haben, hier vor Ort lösen.

Wir leisten unseren Beitrag, indem wir ein guter Partner sind für Lonmin, in dem wir sicherstellen, das Lonmin unseren Ansprüchen künftig auch weiterhin gerecht werden kann.“

Ergo: Die Behauptungen von umfassender Lieferkettenverantwortung machen sich gut im Geschäftsbericht und auf der Homepage. Letztlich windet sich der Vorstand von BASF aus der Verantwortung:

„Wir wissen auch, dass die Lebensverhältnisse in Südafrika nicht immer



so sind, wie man sich das wünscht“ und: „Wir können nicht den Lieferanten des Lieferanten des Lieferanten überprüfen“

Und das, obwohl die Geschäftsbeziehung zwischen Lonmin und BASF in einer konkreten, direkten Verbindung besteht, die übrigens über eine Briefkastenfirmenabteilung von BASF in der schweizerischen Steueroase Zug abgewickelt wird.

Zunächst bleibt festzuhalten: Es war eine beleidigende und beschämende Reaktion der BASF auf die Gäste aus Südafrika. Erst in einer genaueren Analyse der Rede des Vorstandsvorsitzenden Kurt Bock wird sich das Ausmaß der Arroganz des weltgrößten Chemiekonzerns aufzeigen lassen, dennoch wird bereits jetzt deutlich wie sehr Anspruch und Realität bei BASF auseinanderklaffen.

Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, Khulumani Support Group, Bench Marks Foundation und KASA (Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika)

Metall-Arbeitgeber betonen die Weltmarktabhängigkeit. *www.Falsche-Zeit-fuer-Hoehenfluege.de (Eine Information der Metall-Arbeitgeber) Do., 28.4.2016.* „Die IG Metall betont vor allem, man müsse mit kräftigen Lohnerhöhungen die Binnenkonjunktur weiter befeuern – denn der Konsum trage die Konjunktur. Daran stimmt nur eines: Dass aktuell in der Tat die Binnennachfrage das (magere) Wachstum trägt. Aber selbst das magere Wachstum ist kein selbst erarbeitetes – es ist ein geborgtes, dank niedriger Zinsen, günstiger Wechselkurse und dem billigen Öl. Dabei ist die Konsumfreude keine einfache Folge der hohen Tarifabschlüsse, sondern sie entsteht, wenn die Konsumenten keine Sorge um ihren Arbeitsplatz haben. Wir können uns freuen, in Deutschland eine Rekordbeschäftigung zu haben. Umso wichtiger ist es, das auch zu halten und nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen!“

Die Metall- und Elektro-Industrie ist auf den Weltmarkt angewiesen ... Fast 60 Prozent des Umsatzes wird im Ausland erzielt. Jede Kostenerhöhung verschlechtert die Position im Vergleich zu den Wettbewerbern.

Gerade die Gewerkschaften haben ... darauf hingewiesen, dass ein sicheres Wachstum auf zwei Säulen basieren müsse: dem Export und dem privaten Konsum.“

VKA: Insgesamt vertretbarer Kompromiss mit Mehrbelastungen von ca. 6 Milliarden Euro. VKA-Pressinformation, Fr., 29.4.2016. Für die vereinbarte Laufzeit von 24 Monaten bedeutet das für die kommunalen Arbeitgeber eine Mehrbelastung von rund 6 Milliarden Euro. „Die Einigung (Gehaltssteigerungen von 2,4 % ab 1. März 2016 plus weitere 2,35 % ab dem 1. Februar 2017) ist für viele Kommunen und kommunale Betriebe schmerzhaft. Dennoch ist der vereinbarte Kompromiss im Ganzen für uns vertretbar“, sagte Dr. T. Böhle, VKA-Präsident. Die Verhandlungen im Rahmen der diesjährigen Tarifrunde gestalteten sich schwierig, weil beide Seiten eine Vielzahl an Themen und Forderungen eingebracht hatten ... „Auch bei den weiteren Themen konnten die Arbeitgeber vertretbare Kompromisse aushandeln. Die seit 2012 bestehende Regelung zur unbefristeten Übernahme der Auszubil-

denden bei Bedarf wurde – wie schon 2014 – noch einmal verlängert. Außerdem konnte die Forderung der Gewerkschaften nach einem tarifvertraglichen Ausschluss der sachgrundlosen Befristung abgewehrt werden.“

Gesamtmittel-Präsident zu den Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie-Tarifrunde. *Pressemittteilung Gesamtmetall, Fr., 6.5.2016.* „Die Metall-Branche steuert auf den härtesten Tarif-Konflikt seit 15 Jahren zu. Unser Angebot von insgesamt 2,1 Prozent Lohnplus über die Laufzeit von zwei Jahren und einer Einmalzahlung von 0,3 Prozent ist alles andere als knauserig. Das ist ein dickes Reallohnplus. Es geht für viele Betriebe bereits an die Schmerzgrenze. Ich fordere die IG Metall deshalb auf, die völlig überzogenen Warnstreiks zu stoppen und ein Signal der Deeskalation zu setzen“, so Dr. R. Dulger, Gesamtmetall-Präsident. „Der öffentliche Dienst steht nicht im internationalen Wettbewerb, deswegen ist der Abschluss überhaupt kein Maßstab.“

Zusammenstellung: Rosi Steffens

Wirtschafts-
presse

München war Brutstätte der NS-Bewegung, die nach der Machtergreifung der Stadt den Titel „Hauptstadt der Bewegung“ verlieh. Nach der Niederlage gingen Eigentumsrechte der NS-Organisationen auf den Freistaat Bayern über. So eine Vielzahl von Bauten und Grundstücken, so aber auch das Urheberrecht an NS-Publikationen. Wie soll die Auseinandersetzung mit dem baulichen und geistigen Gegenständen geführt werden, interessiert die Bürgerinnen und Bürger der Stadt und die Institutionen des Freistaates in besonderer Weise. Und so begegnet auch die Stadtratsgruppe der Linken immer wieder Initiativen, die Auseinandersetzung mit diesen Spuren der Vergangenheit einfordern. Anlässlich der Diskussion um die Edition von Adolf Hitlers Schrift „Mein Kampf“ hat der Kurt-Eisner-Verein (rfs in Bayern) sich dem Thema gewidmet. Beiträge zweier Veranstaltungen erscheinen jetzt in einer Ausgabe der Studienreihe zivilgesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik (PDF-Dokumentation bei <http://www.flink-m.de/archiv.o.html>). Wir dokumentieren den Veranstaltungsbericht und daran anschließende Fragen an den Autor des im Argument Verlag zu diesem Thema erschienen Buches (siehe Kasten).

„Wer über Hitler spricht, spricht nur über sich selbst“?

Prof. Dr. Klaus Webers Kritik an einer laufenden Debatte

Der Ablauf des Urheberrechts an Hitlers „Mein Kampf“ und die dadurch wieder mögliche Veröffentlichung hat in den vergangenen Jahren nicht nur eine Diskussion über das Werk an sich ausgelöst, sondern auch die Person Hitlers selbst wieder in den Vordergrund gerückt. Seit langem gibt es Stimmen, die davor warnen, den Faschismus als Produkt einer einzelnen Person darzustellen, auf den nahezu die gesamte deutsche Bevölkerung lediglich „hereingefallen“ seien. Unbeschadet dessen wird Geschichte natürlich von den handelnden Akteuren gemacht, die keineswegs einer bestimmten, historischen Situation nur als Marionetten eines prädestinierten und prädestinierenden Schicksals ausgeliefert sind. Es ist daher nicht unverständlich, dass es ein Interesse auch an dem Menschen gibt, der zum Zeitpunkt des größten Verbrechens der Menschheitsgeschichte an der Spitze des Staates stand, der für dieses Verbrechen verantwortlich zeichnet.

Prof. Dr. Klaus Weber, der ehrenamtlich die Historikerguppe am Institut für Zeitgeschichte (München) bei der Edition der kommentierten Ausgabe von Hitlers Mein Kampf beriet, hat sich mit seinem Buch „Adolf Hitler nachgedacht – Psychologie, Person, Faschismus“ sehr kritisch in die laufenden Debatten um die Veröffentlichung von „Mein Kampf“ und die Debatten um die Person Hitlers eingemischt. Wie groß das Interesse an einer kritischen Auseinandersetzung selbst ist, zeigt die Tatsache, dass bei der Vorstellung des Buches am 28.1.2016 die Räume des Kurt-Eisner-Vereins mit gut 60, vor allem jüngeren Interessierten, vollkommen überfüllt waren.

www.argument.de/wissen_index_reload.html?wissenschaft/psychologie_tkp-reihe.html



Verlagsankündigung: Weber, Klaus: **Adolf Hitler nachgedacht – Psychologie, Person, Faschismus** – texte kritische psychologie 05 . Die „großen Hitlerbiographien“ (Bullock, Fest, Kershaw, Ullrich) versagen bei der Frage nach der Konstitution des Subjekts Hitler. Kein Wunder, denn die bürgerliche Psychologie hat für biographisches Arbeiten und Forschen kein sinnvolles begriffliches Repertoire anzubieten. Wie ist er geworden, was er war? –

Die Fragestellung zielt darauf, Hitler nicht von Auschwitz her zu denken, sondern als Person, die ohne die gesellschaftlichen Verhältnisse „seiner Zeit“ nicht gedacht werden kann.

Klaus Weber prüft subjektwissenschaftliche Kategorien der Kritischen Psychologie daraufhin, ob sie Hitlers Leben und seine Person auf den Begriff bringen können. Leitidee ist dabei Wolfgang Fritz Haugs Motto: „Hitler verändert das Feld, in das er eingreift; das veränderte Feld verändert ihn“. **Preis: 9.90 €**

Es sind zwei Erfahrungsstränge, die Weber an den Beginn seines Buches stellt. Zum einen die der öffentlichen Debatte: „Nachdenken, rationales Argumentieren, Abwägen von widersprechenden Darstellungen“ würden meist dort „sofort enden, wo Hitler ins Spiel kommt“ (S. 8). Zum anderen aber auch die weiter vorhanden sein, das unmittelbare Empfinden nazistischer Denkmuster im Alltag: so berichtet er eindringlich von einer Bergtour im Jahre 2015 mit dem Skitourengeher „Ewald“, der anstelle des den meisten anderen schon schwer über die Lippen gehenden „Berg Heil“, die Gruppe am Gipfel regelmäßig mit „Sieg Heil“ begrüßt und am Frühstückstisch locker, die Sprengung sämtlicher „Synagogen und der Juden dazu“ (S. 9) gefordert hatte. Die Diskussion um Hitler erweise sich daher als „neverending story“ (S. 11).

Weber setzt sich daher nicht nur mit der Arbeit des Instituts für Zeitgeschichte, sondern mit den bekanntesten, bisher erschienen Biographien Hitlers auseinander. Dabei geht er von der zentrale These aus, dass „die universitäre psychologische Wissenschaft nichts Brauchbares zu biographischem Material, zur Verflochtenheit von subjektiver Entwicklung und gesellschaftlichen Verhältnissen beitragen kann“ (S. 12). Dies müsse so sein, da die „bürgerliche“ Psychologie keine passende Begrifflichkeiten und Kriterien liefere. Schließlich habe „Bürgerliche Wissenschaft (und um ebendiese handelt es sich bei allen Varianten universitärer Psychologie) (...) die Funktion, das Bestehende und das geschichtlich

Gewordene so darzustellen, dass es als unabänderlich und „natürlich“ erscheint“ (S. 45). Die „herrschende Psychologie“ sei daher für die „schalen Erkenntnisse der Historiker unbedingt mitverantwortlich“ (ebenda). Insbesondere den Biographien von Joachim Fest und Volker Ulrich wirft er vor, dass es sich um Entlastungsschriften handle, die nichts erklären. Erreicht werde dies durch eine Pathologisierung und Dämonisierung, die Hitler mystifiziere. Bei Fest komme hinzu, dass in seiner gesamten Darstellung nicht die Menschen als handelnde Akteure auftreten, sondern „das Leben“ oder das „Schicksal“. Mit ähnlichen Methoden werde auch von anderen Autoren, z.B. von dem Chefeditor der kritischen Ausgabe von „Mein Kampf“ ein „Selbstschutz. Eine ganze Wand“ (S. 89) errichtet. Durch die Darstellung als Wahnsinniger, ohne gediegenen Schreibstil werde Hitler letztlich so dämonisiert, dass man selbst nichts damit zu tun haben könne. Dies werde schon dadurch gezeigt, dass der Vorname Hitlers nahezu verschwunden. Auch auf dem Titel der Neuausgabe erscheine er nicht, da Hartmann eine zu große „Intimität“ durch die Verwendung des Vornamens Adolf befürchtet hatte.

Um die Täter zu verstehen, müsse man aber sehen „dass die Nazis und Hitler nicht nur über soziologische und historische (...) Konstruktionen erklärt werden können, sondern vor allem durch die Art und Weise, wie ihre Körper in einem gesellschaftlich vermittelten biographischen Prozess geworden sind.“ (S. 87). Es zeige sich

hierbei, dass „Adolf Hitler ein banaler, normaler Mann und Zeitgenosse war“ (S. 77). Das Verstehen sei nach wie vor notwendig, da „die Zeiten andere sein mögen, die Gefahren jedoch nicht geringer“ (S. 80). Dies zeige sich sowohl an den Reaktionen in Webers Heimatstadt Kolbermoor, wo er selbst von Beginn seiner Nachforschungen an mit Ablehnung bis hin zu körperlicher Gewalt konfrontiert war und sich der Stadtrat einschließlich der lokalen

SPD bis heute weigert ein Denkmal für die ermordeten Zwangsarbeiter in einer örtlichen Spinnerei in Erwägung zu ziehen. Zum anderen aber auch auf der großen Bühne in Politik und Wirtschaft wo „Führertypen und Neofaschisten wie Jörg Haider in Österreich, Berlusconi in Italien und Marc Zuckerberg wie Eric Schmidt (Facebook und Google) auf dem Weg in Diktaturen, autoritäre, faschistoide oder auch digitale, waren und sind.“ (S. 79).

Im Folgenden einige Nachfragen, für deren eingehende Beantwortung wir uns bei Prof. Dr. Kalus Weber herzlich bedanken.

Johannes Kakoures (Redaktion der „Studienreihe“).

Du wirfst der gesamten universitären Wissenschaft vor, die Verhältnisse als unabänderlich darzustellen. Gibt es wirklich überhaupt keine kritischen Stimmen mehr? Wenn nein – wer steuert das?

Wenn es stimmen würde, dann funktioniert das ohne Steuerung. Solche Prozesse sind komplexer Natur und jede Verschwörungstheorie wäre fehl am Platze. Aber: Mir geht es nicht um „die ganze Wissenschaft“ – ich schreibe und rede weitgehend von der universitären Psychologie. Und tatsächlich: Aus unterschiedlichen Gründen hat sie sich zu einer Herrschafts- und Kontrollwissenschaft gemacht. Es gibt praktisch keinen psychoanalytischen Professor mehr an den Unis – und auch jegliche kritischen Stimmen sind weitgehend zum Verstummen gebracht. Kritische Psychologie existiert an den Fachhochschulen; dort (vor allem in den Fakultäten für Soziale Arbeit) wird auch kritisches Wissen benötigt. SozialarbeiterInnen sind schließlich diejenigen, welche den „Laden“, wie Angela Merkel vor Jahren sagte, „zusammenhalten müssen“; d.h. sie sind es, die an den Schnitt- und Bruchstellen arbeiten, wo Menschen ausgegliedert, ausgesondert, ausgegrenzt werden, weil sie im System keinen Platz mehr haben und rausgeworfen sind oder rausgeworfen wurden.

Dass eine kritische Psychologie dort ebenso wichtig ist, wie kritische Pädagogik, Ökonomie etc., ist logisch. Also: Es gibt kritische Stimmen – aber nicht innerhalb des Studienfachs Psychologie.

Was ist Kritische Psychologie, mit welchen Methoden arbeitet sie und wie unterscheidet sie sich von der „bürgerlichen“ Psychologie?

Die Kritische Psychologie ist eine marxistisch grundgelegte Subjektwissenschaft. Ihr geht es darum, die Handlungsmöglichkeiten und -behinderungen der Einzelnen nicht in subjektiven Problemen, Störungen etc.

zu suchen, sondern in den Strukturen des gesellschaftlichen Lebens der Einzelnen. Anders gesagt: Subjekt und Gesellschaft werden nicht auseinandergerissen (wie in der traditionellen Psychologie; Lohnarbeit als Grundlage des Lebens und Überlebens im Kapitalismus kommt dort gar nicht vor), sondern zusammengedacht. Sie ist keine eigene Theorie, sondern eine Denkweise, die in der Lage ist, Theorie und Praxis, Subjekt und Gesellschaft, Denken, Fühlen und Handeln so zu verstehen, dass die einzelnen Menschen in diesen Zusammenhängen theoretisch zu ihrem Recht kommen. Allerdings gilt auch (mit Ernst Bloch): Menschen in einem Sinne, dass wir auch unsere menschlichen Möglichkeiten und Fähigkeiten entfalten können, werden wir erst durch den Prozess der Abschaffung einer auf Profit und Waren orientierten Gesellschaft: Auf dem Weg zur Befreiung können wir einen „Vorschein“ dieses Menschseins auch erleben. Kritische Psychologie ist ein Handwerkszeug, das uns begrifflich – und damit auch praktisch – in die Lage versetzt, Probleme nicht als „natürlich“ oder „persönlich“ zu verstehen, sondern als Anordnungen, die wir gemeinsam mit anderen hinter uns lassen können. Ein Beispiel: ADHS ist eine Diagnose, die vor allem Kinder bekommen. Aber wer hat eigentlich Probleme? Die Eltern, die Lehrer und was weiß ich haben Probleme mit Kindern, die nicht 6, 7 Stunden in Schulen sitzen wollen und langweiligen Unterricht über sich ergehen lassen müssen. Schule ist Zwang. Hat jemand schon mal überlegt, dass irgendetwas mit den Eltern, den Familien, den Lehrern und den Schulen nicht stimmt, wenn Hunderttausende von Kindern Ritalin bekommen, um sich besser konzentrieren zu können? Hier kann ein kritisch-psychologischer Ansatz sowohl theoretisch als auch praktisch weiterhelfen. Mehr dazu sind in der von mir herausgegebenen Reihe: *texte kritische psychologie* in dem Bändchen zu Kinder, Sucht, Störungen, soziale Arbeit und Lebensführungserscheinen.

Kann die Kritische Psychologie Menschen, die mit Ängsten oder anderen von der „bürgerlichen“ Psychologie als Störung bezeichneten Zuständen zu einem Vertreter derselben kommen, „helfen“?

Ja und nein. Wie Bert Brecht sagt: Wo Hilfe ist, ist auch Gewalt. Ein Kritischer Psychologe wird nicht einfach „helfen“, sondern auch das widersprüchliche Verhältnis eines Psychologen zu seinem Klienten im Blick haben. Jede Hilfe ist eben auch Entmündigung. Das heißt nicht, dass ich als Psychologe Hilfe verweigere. Aber mir muss klar sein, in welchen Verhältnissen (auch Machtverhältnissen) ich welche Funktion habe. Klar bin ich Begleiter, Ratgeber und auch Helfer. Aber ich bin auch einer, der Menschen mit Problemen ermutigt, sich nicht als gestört, problematisch und krank zu betrachten – sondern ihnen dabei hilft, sich als Mensch mit Bedürfnissen und Fähigkeiten zu erkennen. Und weder seine Bedürfnisse noch seine Fähigkeiten sind in dieser Gesellschaft immer und überall gefragt. Manches Leid hängt sehr viel mehr mit der Zweckrationalität, der Profitlogik und den Arbeits- und Lebensweisen des Neoliberalismus zusammen (man denke nur an diesen „Wahn“, Zeit einzusparen) als mit subjektiven „Mängeln“. Früher gab es in der Sozialarbeiter das Ziel, dass sich SozialarbeiterInnen überflüssig machen, weil sie politische Verhältnisse schaffen helfen, in denen die Form von paternalistischer Hilfe, wie sie heute oft geleistet wird, überflüssig wird. Dieses Ziel mag alt sein: als Richtschnur finde ich es unabdingbar für jeden sozialen Beruf.

Im Standardwerk für alle Psychologiestudentinnen und -studenten, dem „Großen Zimbardo“ (Philipp Zimbardo: Psychologie) ist viel von biologischen Grundlagen des Erkennens, Denkens und Werdens die Rede. Aber eben auch von gesellschaftlichen Strukturen und sozialen Interaktionen. Du kritisierst, dass die Psychologie, den Einzelnen zu wenig in seine gesellschaftlichen Zusammenhänge einbinde. Aber ist nicht gerade dieser Blick auf das Individuum eben der spezifische Blickwinkel der Psychologie, der sie als separate – natürlich nicht isolierte – Wissenschaft rechtfertigt?

Gesellschaftliche Strukturen? Bei Zimbardo gibt es keine Arbeitslosen, keine Lohnarbeiter, keine Erwerbsarbeit, die etwas mit den Problemen der Menschen zu tun haben. Es gibt Anlage und Umwelt – und darüber hinaus wenig mehr. Aber wodurch ist unser aller Leben bestimmt: Bei Strafe

von Hartz IV sind wir „in die Ketten des Lohnerwerbs gezwungen“, wie ein ehemaliger Freund von mir sagte. Die soziale Grundlage für alle Subjekte in dieser Gesellschaft – die Produktion von Waren und Lebensmitteln; die Distribution; die Konsumtion – mit all ihren komplexen Strukturen, Prozessen und Facetten kommt ebenso wenig vor wie die menschliche Möglichkeit – und erst dann sind wir Menschen –, dass wir die Bedingungen unseres Lebens selbst in der Hand haben. Psychologie muss die ganze Welt im Blick haben und das Subjekt in den Mittelpunkt stellen. Bei Zimbardo kommt noch nicht einmal ein Ansatz von Welt, Gesellschaft und kapitalistischer Produktions- und Lebensweise vor.

Volker Ulrich schreibt in seiner Biographie Hitlers, dass eine überfürsorgliche Mutter zu Hitlers Entwicklung negativ beigetragen habe, was im Umkehrschluss bedeute, dass „Schläge in der Kadettenanstalt und brutale Prügel, Demokraten aus den Jungs gemacht“ hätten. Bei aller zulässigen Überspitzung in der politischen Auseinandersetzung: Gibt es nicht mehr Arten, Kinder „falsch“ – also, dass ihnen wichtige Fähigkeiten, mit der Welt zurecht zu kommen, fehlen – zu erziehen, als körperliche Gewalt?

Du sprichst hier zwei Dinge an, die ich gerne problematisieren würde. Erstens: Eine direkte Ableitung, dass und wie Erfahrungen unserer Kindheit zu irgendwelchen Handlungen oder Haltungen führen würden, die wir als Erwachsene an den Tag legen, ist ein Fehlschluss (der gerne auch mit psychoanalytischen Theoremen verknüpft wird). Die „Vergesellschaftung“ eines Menschen umfasst aber doch viel mehr als sein Zusammensein mit den Eltern: Da gibt es die Krippe und den Kindergarten, die Schule und die Peergroup, die Kirche (wenn es sie denn gibt im Leben des Kindes) und die ersten Liebesbeziehungen, die ersten Zigaretten oder Joints und das erste Rendezvous im Wald oder im Schwimmbad – nicht zu vergessen die Zeiten, in denen wir rumlungern oder Praktika oder Ferienarbeit machen, um ein bisschen Geld zu verdienen. Also: die gesellschaftliche Wirklichkeit umfasst einiges mehr als das Eltern-Kind-Verhältnis. Eine der großartigsten, aber auch m.E. unsinnigsten Theorien, die so tut, als könnte sie vieles erklären, ist die Bindungstheorie. Alle führen sie im Mund (selbst Hitlerspezialisten glauben aus Hitlers Bindungsverhalten irgendwas Abartiges ableiten zu können) und das Wichtigste dieser Theorie wird gerne übersehen: Es gibt keine handfesten empirischen Belege für einen

Zusammenhang von Bindungsform in der frühen Kindheit und Verhalten im Erwachsenenalter.

Zweitens: Die Erziehungsform selbst ist doch problematisch: Sie ist ideologisch wie materiell als Herrschaftsverhältnis zwischen Erwachsenen (Erziehern) und Kindern (Zöglingen) zu verstehen. Um das ganze in eine Befreiungsperspektive in Richtung auf eine wirkliche menschliche Gemeinschaft drehen zu können, stellst Du Dir einfach mal vor, Erwachsene und Kinder leben als Menschen zusammen und werden zusammen älter – als Lebenspartner. So lernen beide voneinander und passen auch gegenseitig aufeinander auf. Du merkst in dieser Perspektive, dass Erziehung als Form des Miteinanderlebens keinen Sinn mehr macht. Also ist der Versuch, mit Kindern zu leben und sie nicht zu erziehen, ein „Vorschein“ – wie Ernst Bloch das nennt, einer Welt, in der wir als Menschen leben können; alles andere ist den Zwängen und der Logik einer kapitalistischen Produktions- und Lebensweise geschuldet – und darin sind wir noch nicht einmal am Beginn des Zeitalters, in dem wir als Menschen mit all unseren Bedürfnissen und Fähigkeiten bezeichnen können.

Du beschreibst Hitler als letztlich „banalen, normalen Zeitgenossen“ und „klugen und strategischen“ Politiker? Der Mann ist neben vielem verantwortlich für die plan- und fabrikmäßige Ermordung von 6 Millionen Juden und einen Krieg der „bis zur letzten Patrone“ weitergeführt wurde, obwohl bereits seit mehreren Jahren klar war, dass er nicht gewonnen werden konnte. Ist hier wirklich jede Pathologisierung illegitim?

Legitim ist alles, was anderen nicht weh tut. Die Frage stellt sich doch viele eher, ob mir und Dir es weiterhilft, wenn wir Hitler auf die Couch legen oder als Psychiatriepatienten denken. Klaus Theweleit beschreibt in seinem neuen Buch sehr gut, dass sich Politiker wie Hitler oder Breivik, der norwegische Massenmörder, nicht auf der Folie eines Patienten abbilden lassen. Wir müssen und können sie als Politiker verstehen und als Kritischer Psychologe kann ich auch nachvollziehen – wenn ich vorher nicht kotzen muss – wie und warum Breivik (oder Hitler) welche Menschen als Untermenschen, als Zerstörer einer Welt, die ihnen als „heilig“ erscheint, deklarieren. Mir geht es um die Funktionalität, die eine Psychiatriisierung bzw. eine Pathologisierung von Politikern birgt: Sie dient immer dazu, dass wir die Dinge, die seelisch weh tun könnten, nicht an uns ranlassen wollen. Selbstschutzmauern aufbauen, um glauben zu können, wir seien die

Guten. Wenn Hitler ein Volltrottel bzw. ein Verrückter war, muss ich auch über die Logiken und Dynamiken seines Handelns nicht mehr nachdenken; aber wie bitte erkläre ich dann, dass Millionen von Deutschen und auch viele deutsche Frauen diesen Mann unterstützt, verehrt und geliebt haben?

Du schreibst, dass jede „moralische Diskreditierung Einzelner“, das System als Ganzes reinwasche. Heißt dies, dass der Einzelne keine Verantwortung trägt? Gibt es systemische Veränderungen, die eine faschistoide Entwicklung wirklich dauerhaft ausschließen oder zumindest die Gefahr deutlich reduzieren. Wenn ja, welche?

Faschisierungsgefahr. Gibt es eine? Gibt es keine? Ich weiß es nicht. Ich habe erstmal Angst vor denen, die sagen, sie hätten Angst vor den Menschen, die wegen Hunger, Krieg und ökonomischen Desastern aus ihren Heimatländern fliehen. Ich bin nicht davon überzeugt, dass wir ein demokratisches Gemeinwesen sind und dass die Decke der Zivilgesellschaft dick ist. Ein Eisberg, dessen Spitze wir in AfD und Pegida sehen, hat sechs Siebtel unter der Wasseroberfläche schwimmen. Aber die Gewässer – auch dies ein 30 Jahre altes Theweleit-Zitat – sind insgesamt kalt. Sigmar Gabriels Ausspielen des deutschen Arbeitnehmers gegen die Flüchtlinge, Sahra Wagenknechts rassistisch unterlegte Sprüche vom „Gastrecht“, das ein Mensch verwirken kann, wenn er nicht die deutschen Werte akzeptiert; dazu die offenen reaktionäre Asylgesetzgebung von CSU/CDU und SPD, unterstützt von Kretschmanns Grünen. Alle wollen den völkischen Nationalisten Stimmen wegnehmen und tun dies, indem sie das Original nachzumachen versuchen. Wir wissen, was ein solches Taktieren bewirkt: die Völkischen, Identitären werden stärker werden – und es wird auch nicht lange dauern, dann wird es nicht nur verletzte Flüchtlinge geben, sondern auch Angriffe auf Behinderte, Homosexuelle und Sozialisten/Kommunisten. Wer heute von Verantwortung redet und von „Lernen aus der Geschichte“: hier hat er ein Feld, in dem es genügend zu tun gibt, um zu zeigen, was Demokratie und antifaschistisches Handeln ist. In Bayern haben wir es noch dazu mit einem Staats- und Polizeiapparat zu tun, der die rechte Gewalt verharmlost und die völkisch-rassistischen Bewegungen gewähren lässt. Wenn ich an Anti-AKW-Demos in Wackersdorf und an Aktionen gegen Pershing II und Cruise Missiles denke, und daran, dass wir als junge linke Menschen für ein paar kritische Sätze in U-Haft mussten oder Menschenmassen eingekesselt wurden – und wenn ich

heute sehe, wie es offen erlaubt ist, dass zu Gewalt gegen Politiker und Journalisten und Flüchtlinge von AfD-Leuten aufgerufen wird und wir deren „Ängste verstehen“ sollen: Ja, eine Faschisierungsgefahr sehe ich deutlich – aber die Formen werden völlig andere sein als in den 1920er und 1930er Jahren.

Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“, so schon Max Horkheimer – muss man überzeugter Marxist sein, um den Faschismus zu verstehen?

Niemand muss Marxist sein – aber es erleichtert das Leben ungemein, wenn Du Marx gelesen und auch verstanden hast. Wie Bert Brecht sagt: Danach wirst Du nie mehr wieder wirklich gut in Geschichte und Philosophie sein (in den „Flüchtlingsgesprächen“). Ich lese jeden Tag den Wirtschaftsteil der FAZ und bin erstaunt, wie gefällig kluge Leute das Geschäft des Kapitals betreiben und den Klassenkampf von rechts bzw. im Sinne der Kapitalfraktionen betreiben (Heike Göbel als Wirtschaftsredakteurin macht das in Reinform). Wer das liest und keine Orientierung hat – die Marx & Engels &

Gramsci und andere marxistische AutorInnen durchaus geben können –, der ist den Argumentationslogiken hilflos ausgeliefert. Und wenn Du einmal verstanden hast, dass „Ausbeutung“, „Kapitalismus“, „Warenproduktion“ und vieles andere analytische Begriffe sind, die unsere Produktionsweise treffend beschreiben, dann siehst Du plötzlich Licht in diesem ideologischen Irrgarten der Oberflächenökonomien. Und Licht ist in Zeiten, in denen Nebelwerfer wie Facebook, Amazon & Google die Hirne und Seelen verdunkeln, nicht das Schlechteste...

Projekt „Zeitstrom“ und Fluchtursache Krieg: Die Geflüchteten und ihre Geschichte gehören dazu!

In Mannheim werden große ehemals von der US-Armee genutzte Kasernenflächen frei und der Gemeinderat berät intensiv über die Nutzung. Neben dem vorrangigen Interesse als Gelände für Wohnungen soll aber auch die Erinnerung an die vergangene Nutzung erhalten bleiben. Das Kommunal-Info Mannheim berichtet aus der Diskussion im Gemeinderat hierzu:

Im letzten Unterausschuss Konversion wurde die Weiterentwicklung des Projekts „Zeitstrom“ diskutiert und anschließend im Hauptausschuss be-

schlossen. Das Projekt hat durchaus das Potenzial, Geschichtsbewusstsein zu fördern und politische Bildung zu betreiben – neben allen anderen kulturellen bis sportlichen Impulsen, die angedacht sind. Aber dafür ist noch einige Anstrengung erforderlich.

Ausgangspunkt für die Idee des „Zeitstrom“ auf den nördlichen Konversionsflächen waren 2014 bürger-schaftliche Ideen aus der ersten Beteiligungsphase. Colemansolltebeispielsweise urzeitliches Leben am Rhein in Erinnerung rufen, Franklin vor allem

die Phase der amerikanischen Präsenz unmittelbar nach der Befreiung vom Nationalsozialismus. Stichworte beispielsweise „Schule der Demokratie“ und Jazz und Blues.

Schon damals erfolgte der Hinweis der Linken im Gemeinderat, dass dies ein sehr berechtigter, aber zu kurz gesprungener Ansatz sei. Die Geschichte der US-Streitkräfte in dieser Stadt und in Europa ging bekanntlich weiter: Vom Kalten Krieg über den „Krieg gegen den Terror“ bis ganz aktuell zu militärischen Drohgebärden ge-



Ehemaliges US-Militärgefängnis auf Coleman (wikipedia.org)

gen Russland im Zusammenhang des Ukrainekrieges. Die überraschende Nicht-Rückgabe von Coleman durch die US-Army ist bekanntlich diesem Umstand geschuldet. Tatsächlich setzt die jetzt präzenterte Vorlage folgende Schwerpunkte:

- „die Vorgeschichte von Flächen und damit prähistorische Dimensionen der Rheinlandschaft Mannheims,
- die US-Geschichte in Mannheim (Schwerpunkt: Zeitgeschichte 1945 bis 2011)
- Perspektiven, die sich aus diesen Impulsen von Demokratie und Globalisierung ergeben in einer heterogenen Stadt der Zukunft (Zusammenleben in Demokratie)“ (V 174/2016)

Immerhin also nun im Focus: (Fast) die gesamte US-Präsenz in Mannheim. Unter aktuelle Tendenzen wurde aufgenommen: „Schreibwerkstatt: Unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge / Frauen und Mädchen“ (V 174/2016, Anlage 1).

Aber ein richtiger Schuh wird erst daraus, wenn die Geflüchteten-Schicksale auf den Konversionsflächen in den historischen Zusammenhang genau dieser Konversionsflächen eingeordnet werden: Einst lebten hier bis zu 12 000 US-Militärangehörige mit ihren Familien. In der Zeit nach 9/11/2001 hatten die US-Niederlassungen in Mannheim neben dem Airforce-Stützpunkt Ramstein zentrale Aufgaben in der logistischen Versorgung im „Krieg gegen den Terror“, der die „Neue Weltordnung“ im Sinne der USA und auch der Europäischen Union herstellen sollte. Die Kriege im Irak und Afghanistan wurden von Mannheim aus beliefert. Auch Mannschaften pendelten zwischen diesen Kriegsschauplätzen und Mannheim.

Spätestens seit der militärischen Zerschlagung der Bundesrepublik Jugoslawien werden die Kriege des westlichen Bündnisses mit angeblich humanitären Zielsetzungen begründet. Besonders verwerflich ist dabei der legitimatorische Rückgriff auf den Verteidigungskrieg der Alliierten gegen das nationalsozialistische „Dritte Reich“. Hier gibt es viel aufzuklären. Insbesondere auch deshalb, weil die modernen Kriege des Westens angeblich auch die Herbeiführung und Verankerung demokratischer Strukturen in den Zielgebieten bewirken sollen. Die Mannheimer US-Kasernen, die teilweise zuvor schon Nazi- bzw. auch kaiserliche Kasernen waren, bilden einen idealen Ort, um in einem dort geplanten „Haus der Demokratie“ über die widersprüchliche Geschichte von Krieg und Demokratie zu diskutieren, beginnend mit dem antidemokratischen Kaiserreich, der Weimarer Republik mit ihrem Mangel an Demo-

kraten und der Folge des Nationalsozialismus.

In Zeiten, in denen einerseits „Reichsbürger“ noch von andauernder Besatzung herumraunen (unter Beteiligung des Mannheimer Idols Xavier Naidoo), in denen Antiamerikanismus die Geschichte ebenso klittert wie Islamophobie und imperiale „Abendlands“-Überheblichkeit, sind solche Diskussionen an historischem Ort außerordentlich wünschenswert.

Ein damit in Zusammenhang stehendes weiteres zeitgeschichtliches Thema findet auf den Konversionsgebieten derzeit sichtbaren Ausdruck: Das allseits bewegende „Flüchtlingsproblem“. Komprimierter kann sich Zeitgeschichte kaum in einem Ort konzentrieren als auf unseren Konversionsflächen. Hier fand ein „Austausch“ der US-Garnison gegen eine Bedarfs-Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete, statt, die zu einem großen Anteil aus eben jenen Kriegsregionen stammen, in denen das westliche Militär aus der Rhein-Neckar-Region heraus versorgt und auch befehligt wurde.

Den Zusammenhang zwischen Flucht und ihren Ursachen aufzuzeigen, Schuld und Verantwortung ebenso zu benennen wie die daraus resultierende Verpflichtung zu helfen – auch dazu sind die Kasernengelände, ist ein Haus der Demokratie bestens geeignet. Wer beispielsweise die Wahlerfolge der AfD beklagt, sollte jede Gelegenheit nutzen, die von dieser Partei vollkommen aus dem geschichtlichen Kontext gerissene und dann instrumentalisierte „Flüchtlingsproblematik“ wieder in den richtigen Zusammenhang zu rücken.

Die Reaktion von Herrn Südmersen, Fraktionsvorsitzendem der CDU, auf das von der Linken geäußerte Ansinnen, den „Zeitstrom“ über 1950 hinaus zu verfolgen, war der schlichte Zwischenruf: „Auf keinen Fall!“ Ansonsten wurde das Projekt „Zeitstrom“ bis 2018 mit 150 000 Euro städtischen Geldes ausgestattet; es soll zunächst weiter von der MWSP betreut werden. Es gab keine Gegenstimmen, nur eine Enthaltung von Herrn Will (ALFA).

Übrigens hat sich die MWSP, die eigentlich für teilweisen Abriss und Neugestaltung der ehemaligen Militärgelände zuständig ist, dankenswerterweise konservatorisch betätigt und eine Sammlung von „Relikten“ angelegt und gesichert. Darunter auch Gegenstände aus jenem Gerichtssaal, aus dem beispielsweise die „Süddeutsche Zeitung“ am 19.5.2010 berichtete: „Unter scharfen Sicherheitsvorkehrungen hat auf einem Mannheimer US-Stützpunkt die Anhörung von vier amerikanischen Soldaten begonnen, die im Abu-Ghraib-Gefängnis bei Bagdad irakische Gefangene misshandelt haben sollen.“

Thomas Trüper

Neuwahlen in Spanien: 20-D, 26-J

Nach vier Monaten erklärt König Felipe VI. die Versuche einer Regierungsbildung für gescheitert. Am 26. Juni wird erneut gewählt werden.

Von Gaston Kirsche

Vier große Fraktionen gibt es seit den letzten Wahlen zu den Cortes Generales in dem spanischen Kongress der Deputierten. Jede für sich hat keine ausreichende Regierungsmehrheit, die nur in einer Koalition möglich wäre, die trotz monatelanger Verhandlungen nicht zustande gekommen ist, so dass der König Neuwahlen jetzt ankündigte. Das Ergebnis der letzten Wahlen vom 20. Dezember in der für politische Ereignisse üblichen Abkürzung 20-D gilt als Zäsur im postfranquistischen Spanien. Zwar gab es immer mehr als zwei parlamentarische Fraktionen, so ist die kommunistische Partei PCE bis heute durchgehend vertreten, wenn auch mittlerweile in Form des Wahlbündnisses Unidad Popular-Izquierda Unida, IU, Volksfront-Vereinigte Linke, aber Jahrzehnte lang haben sich die beiden Großen, die rechtskonservative Partido Popular, PP, Volkspartei, und die sozialdemokratische Partido Socialista Obrero Español, PSOE, Spanische Sozialistische Arbeiterpartei, an der Regierung abgelöst – meist mit absoluter Mehrheit regierend, seltener mit Unterstützung kleinerer Regionalparteien. Seit 20-D ist dies anders: Die von 2011 bis 2015 mit absoluter Mehrheit der Mandate regierende PP unter Ministerpräsident Mariano Rajoy verlor massiv Stimmen und kam nur noch auf 28,7 Prozent der abgegebenen Stimmen, wovon die von 2004 bis 2011 regierende PSOE allerdings nicht profitierte, die gleichfalls verlor und mit 22 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis seit dem Ende der Franco-Diktatur 1977 erzielte. Die anderen beiden großen Fraktionen stellen Parteien, die beim 20-D das erste Mal zur Wahl der Cortes antraten: Die rechtsliberalen Ciudadanos, C's, Bürgerpartei kam auf 13,9 Prozent, die alternative Liste Podemos, Wir können, erreichte 20,7 Prozent. Daneben sind Regionalparteien insbesondere aus dem Baskenland und Katalonien mit Abgeordneten vertreten – und mit 3,7 Prozent IU. Deren landesweit 926 000 Stimmen reichten allerdings nur für zwei Abgeordnete, während die Republikanische Linke

Kataloniens, ERC, mit 604 000 Stimmen auf neun Abgeordnete kam. Grund hierfür ist das Wahlsystem: Mandate werden ausschließlich pro Region vergeben, wodurch die meistgewählten und regional starke Parteien bevorzugt werden, während alle anderen Stimmen keine Berücksichtigung finden. Diese seit 1977 geltende, für PP und PSOE komfortable Art der Auszählung hat das Aufkommen anderer Parteien lange gebremst. Landesweit gerechnet erzielte die PP mit 55 000 Stimmen einen Abgeordneten, die PSOE mit 57 000, Podemos aber mit 71 000, Ciudadanos mit 80 000 und die kleine IU mit 450 000 Stimmen.

Podemos: Protestpartei gegen Austeritätspolitik

Podemos entstand 2014 als eine von mehreren Protestparteien gegen die Austeritätspolitik. Gegenüber den anderen, klein gebliebenen Parteigründungen hatte Podemos zwei Vorteile: Zum einen war ihr charismatischer Mitbegründer Pablo Iglesias bereits zuvor mit einer eigenen Talkshow bekannt geworden, zum anderen unterstützten mit der trotzkistischen Bewegungspartei Anticapitalistas organisationserfahrene radikale Linke den Aufbau.

Seit Spanien 2008 infolge der Finanzkrise in eine tiefe Rezession rutschte, kam es zu massiven sozialen Verwerfungen und Verelendung. Nach einer kurzen keynesianischen Phase schlug die PSOE-Regierung unter Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero einen Austeritätskurs ein, der im September 2011 in einer spektakulären Verfassungsänderungskulminierte: Der Festschreibung einer Schuldenbremse. Der Wendepunkt war bereits im Mai 2010 die Verabschiedung einer Arbeitsmarktreform, die Entrechtungen von Arbeitnehmenden etwa beim Kündigungsschutz festschrieb. Die PSOE verlor bei der Wahl Ende 2011, die PP-Regierung unter Mariano Rajoy verschärfte die eingeschlagene Politik des Abbaus staatlicher Fürsorge etwa im Bildungs- und Gesundheitsbereich massiv und lockerte den Kündigungsschutz noch mehr. Gleichzeitig kamen zahlreiche Fälle schwerer Korruption an die Öffentlichkeit, die vor allem kommunale Mandatsträger der PP und ihre engen Verbindungen zur Bauwirtschaft betrafen, aber auch die PSOE und andere Parteien bis hin zu Fällen in IU.

Nachdem Podemos bei den Europawahlen am 25. Mai 2014 aus dem Stand heraus in Spanien auf 8 Prozent der Stimmen kam, schlossen sich zunehmend Unzufriedene an. Iglesias legte großen Wert darauf, dass Podemos ein transversales Projekt sei, nicht links noch rechts, die Parteifarbe Lila sollte etwas Neues symbolisieren, einen

Aufbruch jenseits der traditionellen Parteien.

Partei C's: Gegen Korruption, aber eine Partei des spanischen Nationalismus

Die Glaubwürdigkeitskrise von PP und PSOE rief auch die bisher nur in Katalonien aktive Partei C's auf den Plan, deren Vorsitzender Albert Rivera aus der Jugendorganisation der PP kommt und über gute Verbindungen zu Kapitalverbänden verfügt, wodurch er mit Großspenden bedacht innerhalb eines Jahres eine spanienweite Organisation aufbauen konnte. Seine Partei befürwortet eine strikte Austeritätspolitik und einen spanischen Nationalismus, der sich gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen insbesondere in Katalonien, aber auch im Baskenland richtet. Im Unterschied zur PP besteht aber keine enge Bindung an den Klerus der katholischen Kirche und Korruptionsbekämpfung wird großgeschrieben. So erklärte Rivera auch, seine Partei wäre zu einer Koalition mit der PP bereit, wenn diese sich von allen unter Korruptionsverdacht stehenden MandatsträgerInnen trennen würde. Dies betrifft insbesondere Mariano Rajoy. Luis Bárcenas, langjähriger Schatzmeister der PP, sitzt seit Juni 2013 in Haft, weil Zeitungen zuvor seine Buchführung über schwarze Kassen publik gemacht haben. Auch Rajoy gehört laut der Buchführung von Bárcenas zu den Schmiergeldempfängern.

Rechtskoalition scheitert am Thema Korruption, Mittebündnis an zu wenig Stimmen, ein Linksbündnis am Separatismus

Da Rajoy nicht zurücktritt, lehnt C's seine Wahl als Ministerpräsident ab. Einen Kooperationsvertrag schloss C's dagegen im Februar mit der PSOE und dessen Vorsitzendem Pedro Sánchez ab. In 200 Punkten wurde ein Regierungsprogramm vereinbart. Die Wahl von Pedro Sánchez zum Ministerpräsidenten scheiterte am 2. März gleichwohl: Die 90 Abgeordneten der PSOE plus die 40 der C's erreichten zusammen nicht die erforderliche absolute Mehrheit von 176 Stimmen. Pedro Sánchez hatte Podemos aufgefordert, für ihn zu stimmen – nur so könne die weiter im Amt befindliche Regierung der PP abgelöst werden: Wer nicht für ihn stimme, stimme indirekt für die PP. Podemos verweigerte sich mit der Begründung, zur Wahl stünde „eine Fortführung der Austeritätspolitik, keine Politik des Wechsels“, so Pablo Iglesias.

Seitens Podemos schlug er im Februar alternativ eine Links-Koalition von PSOE, Podemos und mehreren kleinen linken Parteien vor, die von einigen der Unabhängigkeitsparteien aus dem Baskenland und Katalonien gestützt werden würde. Iglesias hatte mit diesen schon verhandelt und als Zugeständnis die Durchführung von Referenden

über eine mögliche Unabhängigkeit der beiden Regionen vereinbart. Naheliegender, da Podemos zwar gegen eine Separation, aber für das Recht auf eine Abstimmung darüber in den beiden Regionen eintritt. Pedro Sánchez lehnte diesen Vorschlag entrüstet ab und erklärte, er würde sich niemals von Separatisten wählen lassen, welche die Einheit Spaniens gefährden würden. Susana Díaz, Regionalpräsidentin von Andalusien und einflussreich in der PSOE, legte hier die Linie fest, an die sich Sánchez halten muss: Eher verzichtet die PSOE auf die Regierung, als dass sie sich mit Separatisten einlässt. Einer der 200 Punkte der Vereinbarung mit C's ist: Die Verhinderung des vom katalanischen Regionalparlament beschlossenen Referendums über eine Lostrennung von Spanien.

So steht der spanische Nationalismus einer Koalition der PSOE mit Podemos im Weg. Letzte Woche unternahm Monica Oltra von der Partei Compromís aus der Region Valencia, die mit Podemos kooperiert, einen letzten Versuch, doch noch eine Koalition von Podemos mit der PSOE zu erreichen. Die PSOE akzeptierte 27 der 30 vorgeschlagenen Punkte, erklärte sich jedoch nur zu einer Kooperation, nicht zur Bildung einer Koalitionsregierung bereit und sagte nein zu einem Gesetz gegen die Zwangsräumung säumiger Wohnungseigner, nein zur Streichung der Schuldenbremse in der Verfassung und nein zur Rücknahme der Arbeitsmarktreform.

Am 28. April, in der letzten Sitzung des Kongresses vor seiner Auflösung am 3. Mai, stellte Podemos den Antrag, die Arbeitsmarktreformen von 2010 und 2012 aufzuheben und den Kündigungsschutz wieder einzuführen. Die drei anderen großen Fraktionen – PSOE, PP und C's – stimmten geschlossen dagegen.

Umfragen sehen Sozialdemokraten hinter Podemos plus linke IU

Am 26.-J, dem 26. Juni wird erneut gewählt. Eine am 1. Mai von El País veröffentlichte Umfrage sagt Verschiebungen voraus: Etwas mehr Stimmen für PP und C's, etwas weniger für die PSOE und für Podemos – aber einen starken Zuwachs für IU. Da Podemos und IU Anfang Mai ein Wahlbündnis auf den Weg gebracht haben, werden ihre Stimmen zusammengezählt. Selbst wenn sie 2 Prozent verlieren, liegen sie immer noch vor der PSOE. Dieses Überholen ist für sozialdemokratische Wahlarithmetiker ein Schreckgespenst und wird von Podemos und IU als eine Chance für eine linke Regierungsbildung angesehen: Denn von der Auszählung und Mandatsverteilung pro Provinz würde in diesem Fall das linke Wahlbündnis bevorzugt werden.

Inhalt

„Eine Koalition zweier bürgerlicher Parteien, die sehr breit in die Gesellschaft hineinragen“ ... 2

Linkspartei Baden-Württemberg: Fünf Herausforderungen nach den Landtagswahlen
Aufstieg der AfD und Fall der SPD

Türkei: Erdogan weiter auf Putchkurs 6

Auslandsnachrichten 7

Vorschlag für eine Reform der EU-Entsenderichtlinie • Schweden: Kampf gegen Schließung einer Lebensmittelfabrik • Belgien: Beamte streiken • Schweiz: Maler/Gipser erreichen frühzeitige Pensionierung • Schweiz: Kein Ausverkauf beim Bata-Personal • Ungarn: Ladenschluss soll gekippt werden • Indien: PepsiCo mitschuldig an Rechtsverletzungen • Indien: Erfolgreicher Streik der TextilarbeiterInnen • Argentinien: Entlassungen bei Etex • Ecuador: Dringender Appell

Aktionen ... Initiativen 10

Das steckt hinter dem Parteiprogramm der AfD • Direkte Demokratie kein AfD-Alleinstellungsmerkmal • Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD • Deutschland grösster Empfänger seiner Mittel für Entwicklungszusammenarbeit • Öffentlicher Dienst: Paritätischer begrüßt Lohnplus als wichtige Aufwertung von Sozialberufen • Nationale Armutskonferenz fordert stärkere Bezuschussung von Waschmaschinen oder Kühlschränken für Hartz-IV-Empfänger • Demonstration in Hannover: 90 000 fordern „TTIP & CETA stoppen“.

Köln sollte sich als Ankunftsstadt begreifen! 12

Inklusion verwirklichen – demnächst auch in der Politik! 12

Das Klinikum Mannheim im Fadenkreuz divergierender Interessen? 13

Senat will mehr teure und weniger günstige Wohnungen: Hamburg • Sozialticket-Abstimmung: Nicht verschieben – jetzt einführen! Freiburg • Linksfraktion Duisburg setzt sich mit Forderung nach Beitritt zur Unesco-Städtekoalition gegen Rassismus durch • Panama-Papers: Immobilien im Land Bremen im Besitz von Offshore-Briefkastenfirmen? • Flüchtlinge nicht im Regen stehen lassen :Für überdachte Wege in den Unterbringungen. Essen. • Zwölf neue Quartiere schafft der Senat weder allein noch von jetzt auf gleich: Berlin. • Antrag Panama-Papiere: Keine indirekte Beteiligung an Vermögensverschleierung durch Briefkastenfirmen: München • Sozial gerechter ÖPNV ist möglich: Trier.

BASF gibt sich blind, taub und aggressiv gegenüber den Opfern des Massakers von Marikana 16

Wirtschaftspresse 17

„Wer über Hitler spricht, spricht nur über sich selbst“ 18

Projekt „Zeitstrom“ und Fluchtursache Krieg: Die Geflüchteten und ihre Geschichte gehören dazu! 21

Neuwahlen in Spanien: 20-D, 26-J 22

Broschüre bei Rosa Luxemburg Stiftung: Gegenhalten - Flüchtlinge Willkommen - immer noch!

Mythen und Fakten zur Migrations- und Flüchtlingspolitik. Reihe «luxemburg argumente». 3., vollständig überarbeitete Auflage.



Zum dritten Mal in drei Jahren erscheint diese Broschüre, diesmal in einer komplett neuen Fassung. Die Flüchtlinge haben 2015 Europas Migrationsabwehr zu Fall gebracht, das Dublin-System ist zusammengebrochen. Gleichzeitig sind im vergangenen Jahr Hetze und Gewalt gegen Geflüchtete förmlich explodiert, und mit atemloser Geschwindigkeit wurde das Asylrecht verschärft. Viele Fragen stellen sich jetzt anders.

Lange gab es in der antirassistischen Bewegung eine Gewissheit: Es wäre für den Staat objektiv kein Problem, „das Richtige“ zu tun. Er könnte jedem Flüchtling eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erteilen und die Residenzpflicht außer Kraft setzen. Jeder könnte von heute auf morgen eine angemessene Wohnung an einem selbstgewählten Ort bekommen, einen Platz im Deutschkurs, Unterstützung beim Ankommen durch SozialarbeiterInnen, die nötige Hilfe beim Einstieg in den Arbeitsmarkt. Dass oft genau das Gegenteil geschah, war Mittel zur Migrationsabwehr, es war Ausdruck einer rassistischen Politik. Das gilt in dieser Absolutheit nicht mehr. Die Migrationsdebatte hat sich verändert und sie muss mit objektiv neuen Bedingungen umgehen.

Die Antworten, die jetzt von der Regierung in Deutschland und in Europa gegeben werden, sind menschenfeindlich: Zäune, Internierung, Sonderlager, Türsteherstaaten, Abschiebung kranker Menschen, Abschiebung in Bürgerkriegsgebiete, reduzierte Sozialleistungen, verschärfte Residenzpflicht, neue Arbeitsverbote, Verbote für den Familiennachzug. Wie in den 1990er Jahren wird Anti-Integration und Migrationsabwehr mit den Mitteln des Asylrechts betrieben.

Mit der vorliegenden Broschüre wollen wir dieser Politik etwas entgegenzusetzen. Denn es reicht nicht mehr, einfach die immer gleichen Forderungen zu wiederholen. Doch wie müsste eine Politik aussehen, die dieser veränderten Situation gerecht wird? Wie las-

sen sich Gleichstellung und Teilhabe für ankommende Menschen in einer Größenordnung verwirklichen, die es bislang nicht gab? Welcher Entwurf für ein offenes Deutschland und ein offenes Europa lässt sich der rassistischen Offensive von AfD, Pegida und ihren GesinnungsgenossInnen in anderen Ländern konkret und praktisch entgegenhalten?

Denn es gibt keinen Grund, den Mut zu verlieren: Dass es eine Million Menschen nach Deutschland geschafft haben und dass Unzählige ihnen jeden Tag mit Tatkraft und Solidarität zur Seite stehen, sind gute Nachrichten.

So Schaffen wir das!

Wohnen: – Ungenutzt leerstehende Immobilien bei Bedarf für die Unterbringung von Flüchtlingen nutzen – Ein Mitspracherecht bei der Umverteilung einführen – während des Asylverfahrens – Geflüchtete Frauen bei der Vergabe von Wohnungen priorisieren – Günstige Wohnungen in großer Zahl bauen – für Menschen mit geringen Einkommen und Flüchtlinge

Arbeiten: – Arbeitsverbote aufheben – Den Mindestlohn ohne Ausnahmen erhalten – Erwerbsfähigkeit von Flüchtlingen fördern: in Schulen und in der Berufsausbildung – Sprachkurse als Grundrecht begreifen – Hilfe bei Anerkennung und Arbeitsmarkteinstieg noch während des laufenden Asylverfahrens beginnen

Finanzierung: – Das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen; Flüchtlinge mit regulären Sozialleistungen versorgen

Aufenthaltsrecht: – Duldungen eng befristen, grundsätzlichen Rechtsanspruch auf Aufenthaltserlaubnis erheblich früher erteilen als heute

Europa: – Legale Zugangsmöglichkeiten für Flüchtlinge schaffen – humanitäre Visa für Europa erteilen – Das Scheitern des Dublin-Systems anerkennen – keine Wiederbelebungsversuche – Die Kosten der Aufnahme von Flüchtlingen nicht aus den nationalen Haushalten, sondern als zentrale Gemeinschaftsaufgabe über die EU auskömmlich finanzieren – Kein Geld für Türsteherdienste der kriegführenden Türkei; die Hilfsorganisationen vor Ort ausreichend finanzieren – Legale Wege der Arbeitsmigration nach Europa schaffen – in Deutschland durch ein Einwanderungsgesetz

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in sechs Wochen am 23. Juni 2016.

Redaktionsschluss: Freitag, 17. Juni

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die weiteren Erscheinungstermine 2016:

21. Juli, 18. Aug., 15. Sept., 13. Okt., 10. Nov., 8. Dez.